

Oldenburgische Landesbank AG Finanzbericht 2012

Oldenburgische Landesbank AG – Übersicht

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen %
Bilanzsumme	14.405,1	13.500,4	6,7
Forderungen an Kreditinstitute	418,8	921,4	-54,5
Forderungen an Kunden	10.170,9	9.673,8	5,1
davon kurz- und mittelfristig	1.421,3	1.477,6	-3,8
davon langfristig	8.749,6	8.196,2	6,8
Kreditvolumen	10.170,9	10.012,8	1,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.123,6	3.511,4	17,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.084,3	7.405,7	9,2
Begebene Schuldverschreibungen	1.045,5	1.454,9	-28,1
davon Nachrangige Verbindlichkeiten	283,2	283,2	
Kernkapital	559,8	558,2	0,3
davon Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	
davon Kapitalrücklage	208,3	208,3	
davon Gewinnrücklage	278,1	276,5	0,6
davon Fonds für allgemeine Bankrisiken	12,9	12,9	
Zinsüberschuss	235,1	245,8	-4,4
Provisionsüberschuss	88,4	79,8	10,8
Personalaufwand	160,6	169,6	-5,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	118,4	125,5	-5,7
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	0,3	-3,0	k.A.
Risikovorsorge	19,9	82,7	k.A.
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	61,8	10,9	k.A.
Jahresüberschuss	43,1	1,6	k.A.
Gewinnvortrag	0,0	0,0	_
Dividende je Stückaktie¹ (in Euro)	0,25	0,00	k.A.
DVFA-Ergebnis je Aktie (in Euro)	1,85	0,07	k.A.

¹ Gemäß HGB-Gewinnverwendungsvorschlag



Finanzbericht 2012

009 Lagebericht

061
Abschluss

002 Inhalt

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats	003	
Organe	007	
Lagebericht	000	
	009	
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	010	
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	012	
Corporate-Governance-Bericht	017	
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	025	
Vergütungsbericht	027	
Risikobericht	035	
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	051	
Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht	052	
Prognosebericht	055	
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	059	
Abschluss	061	
HGB-Bilanz	062	
Gewinn- und Verlustrechnung	064	
Anhang	067	
Mandate der Organmitglieder	086	
	088	
Gewinnverwendungsvorschlag	088	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	089	
2.5	009	
Niederlassungen	090	
Das OLB-Geschäftsgebiet	091	
	- /-	

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Internen Revision, von Compliance und der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2012 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, April, Mai, September und Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte in den beiden Segmenten Regionalbank und Allianz Bank. Neben den regelmäßigen Berichten zur Risikolage und über die Tätigkeit der Internen Revision ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011 und legten die Ziele für die variable Vergütung im Jahr 2013, darunter auch die Ziele für den Mittelfristbonus des Vorstandsvorsitzenden für die Periode 2013 bis 2015, fest. Daneben haben wir das Vergütungssystem für den Vorstand einer Überprüfung unterzogen und ließen uns vom Vorstand über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter der OLB näher informieren.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Bestellung von Herrn Dr. Thomas Bretzger zum neuen Mitglied des Vorstands; Herrn Dr. Achim Kassow ernannten wir zum Vorsitzenden des Vorstands. Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit den Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und insbesondere mit den neu gefassten Empfehlungen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats. In diesem Zusammenhang haben wir die Ziele für die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats angepasst, die im "Corporate Governance Bericht" wiedergegeben sind.

In unseren Sitzungen haben wir uns auch im Geschäftsjahr 2012 mit der Kreditrisikosituation der Bank befasst. Wir haben uns vom Vorstand fortlaufend über die Entwicklung des Kreditportfolios, insbesondere im Bereich der Schiffsfinanzierungen, berichten lassen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sowie abzuleitenden Handlungsalternativen haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert. In diesem Zusammenhang haben wir auch die geschäftlichen Abläufe bei Kreditentscheidungen und der laufenden Betreuung von Kreditengagements näher beleuchtet.

Die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat haben wir an aktuelle Entwicklungen angepasst. Die Verschmelzung der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH auf die OLB haben wir befürwortet und einen entsprechenden Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung verabschiedet.

Schließlich befassten wir uns in einer außerordentlichen Sitzung im Januar 2013 mit der weiteren Entwicklung der Allianz Bank. Wir haben mit dem Vorstand die verschiedenen in Betracht kommenden Handlungsoptionen erörtert. Nach intensiver Diskussion haben wir der Entscheidung des Vorstands, die Allianz Bank zu schließen, zugestimmt.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidialausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig und umfassend unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im "Corporate Governance Bericht" angegeben.

Im Berichtsjahr 2012 hielt der *Präsidialausschuss* insgesamt sieben Sitzungen ab, davon eine im Wege einer Telefonkonferenz. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen, darunter unter anderem die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Präsidialausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Ziele für die variable Vergütung für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2011 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Ferner beriet der Ausschuss die Vorstandspersonalie von Herrn Dr. Bretzger. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und willigte in die Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen und Institutionen ein.

Der Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2012 viermal, davon einmal im Wege einer Telefonkonferenz. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte, die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und prüfte diese. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft und beleuchtete in diesem Zusammenhang auch das Kontrollsystem für die Finanzbuchhaltung. Das System der Internen Revision und der Compliance unterzog der Ausschuss ebenfalls einer Überprüfung und ließ sich darüber hinaus die Tätigkeitsschwerpunkte in diesen beiden Bereichen darstellen. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.



Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt neun Sitzungen ab, davon fünf im Wege der Telefonkonferenz. Er erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie, überprüfte das Risikomanagementsystem und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ausführlich befasste sich der Risikoausschuss auch im Jahr 2012 mit Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach mit dem Vorstand weitere Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Der Ausschuss ließ sich das Großkreditgeschäft, insbesondere auch die in diesem Geschäftssegment bestehenden Kontroll- und Reportingsysteme, detailliert darstellen. Ferner informierte er sich umfassend über die Kreditportfolios Erneuerbare Energien sowie See- und Binnenschiffe. Weiterer Gegenstand seiner Beratungen waren der Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2013 sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* stimmte sich in einer Telefonkonferenz über den Kandidatenvorschlag für die Nachfolge von Herrn Thomas Fischer ab, der sein Aufsichtsratsmandat zum Ablauf des 31.12.2011 niedergelegt hatte.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Ende des Jahres 2012 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Gesellschaft hat den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung mit der einen Ausnahme entsprochen, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Da die entsprechende Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex gestrichen wurde, wird die OLB künftig wieder sämtlichen Empfehlungen entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2012 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der "Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB" wiedergegeben. Die vorgenannte Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.



Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Hierbei besprachen wir insbesondere die Umsetzung der im Vorjahr beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2012 sowie die Lageberichte der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach \S 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2012 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 8. März 2013 und des Aufsichtsratsplenums am 14. März 2013 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass die internen Kontrollsysteme der OLB angemessen sind und der Vorstand geeignete Maßnahmen getroffen hat, Entwicklungen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

"Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
- 3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Dr. Thomas Naumann, der bereits im Februar 2012 gerichtlich zum Aufsichtsratsmitglied bestellt worden war, wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 1. Juni 2012 durch die Aktionäre der OLB in den Aufsichtsrat gewählt. Mit der Hauptversammlung am 5. Juni 2013 endet die Amtsperiode des amtierenden Aufsichtsrats.

Herr Dr. Stefan Friedmann schied mit Ablauf seines Mandats am 30. Juni 2012 aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. Friedmann für seine langjährige Tätigkeit im Vorstand der OLB seinen Dank ausgesprochen. Neu in den Vorstand eingetreten sind Frau Karin Katerbau am 16. April 2012 sowie Herr Dr. Thomas Bretzger am 1. Juli 2012.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 14. März 2013 Für den Aufsichtsrat

Andree Moschner
Vorsitzender

Organe 007

Organe

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungsund Vertriebs-AG, München

Manfred Karsten*

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Carsten Evering*

Filialleiter, Region Oldenburg-Süd,

Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

Prof. Dr. Andreas Georgi Consultant, Starnberg Stefan Lübbe*

Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

Dr. Thomas Naumann (seit 20. Februar 2012)

Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

Horst Reglin*

Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Uwe Schröder*

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Rainer Schwarz

Ehem. Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München

Jörg Thöle*

Kundenbetreuer, Region Osnabrück/Osnabrücker Land,

Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück; Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

Vorstand

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger (seit 01. Juli 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Stefan Friedmann (bis 30. Juni 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Jörg Höhling

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau (seit 16. April 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich in Deutschland im Jahr 2012 fort. Insbesondere wegen des guten ersten Halbjahres betrug der Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes knapp 1 %.

Zu Jahresbeginn 2012 präsentierte sich die deutsche Konjunktur als wachstumsstark. Nach einem Anstieg der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,5 % im Vergleich zur Vorperiode verlangsamte sich das Wachstumstempo allerdings im weiteren Jahresverlauf auf 0,3 % im zweiten und 0,2 % im dritten Vierteljahr. Für das Schlussquartal wird mit einer weiteren konjunkturellen Abkühlung gerechnet.

Positive Impulse kamen vom Außenhandel. Gestützt von der exzellenten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen erwiesen sich die deutschen Ausfuhren insbesondere im ersten Halbjahr als widerstandsfähig gegenüber den konjunkturellen Schwächetendenzen in weiten Teilen Europas. Zwar haben sich die Ausfuhren in diese Länder spürbar abgeschwächt. Allerdings konnte die deutsche Industrie diesen Rückgang aufgrund ihrer stark diversifizierten Absatzmärkte und besserer Geschäfte mit anderen Wirtschaftsräumen auffangen.

Aus dem Inland kamen gemischte Signale. Steigende Konsumausgaben sorgten für Wachstumsbeiträge und stützten im Jahresverlauf die deutsche Konjunktur. Die stabile Arbeitsmarktsituation mit 2,9 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt, die positive Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie moderate 2,0% Inflation im Jahresvergleich förderten die Planungssicherheit gerade im Hinblick auf größere, werthaltige Anschaffungen. Durch die robuste Konsumentwicklung konnte der gleichzeitige Rückgang der Investitionen zum Teil kompensiert werden. Die Unternehmen hielten sich bei der Anschaffung neuer Maschinen und Geräte zurück, sodass die Ausrüstungsinvestitionen abnahmen. Zudem belasteten schwache gewerbliche Bauinvestitionen die Entwicklung. Durch zunehmende Investitionen in Wohnbauten konnten die kräftigen Einbußen beim öffentlichen Bau nach Auslaufen der staatlich aufgelegten Konjunkturprogramme nicht vollständig ausgeglichen werden.

Fast spiegelbildlich zu der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Stimmung der deutschen Unternehmen und Verbraucher im Jahresverlauf entwickelt. Der weit verbreitete Konjunkturoptimismus zu Jahresbeginn schwächte sich durch die Verschärfung der Turbulenzen im Euroraum zur Jahresmitte ab. Angesichts fortwährender Diskussionen um einen möglichen Austritt Griechenlands aus dem gemeinsamen Währungsraum sowie um die Zukunft der Europäischen Währungsunion machte sich zunehmend Verunsicherung breit und dämpfte das Konsumklima. Gleichzeitig litt die Investitionsneigung der Unternehmen unter den sich eintrübenden Konjunkturaussichten und abschwächenden außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen. Insgesamt führte das im vierten Quartal 2012 zu einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Zum Jahresende verbreitete sich jedoch zunehmende Zuversicht, dass der Höhepunkt der Finanzkrise in der Eurozone überwunden sein dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die nordwestdeutsche Wirtschaft hat sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weitgehend im Gleichklang mit der bundesdeutschen Wirtschaft entwickelt. Allerdings ist bemerkenswert, dass der Einbruch im Zuge der Finanzmarktkrise des Jahres 2009 im Nordwesten deutlich schwächer ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die mit rd. 30 % im Bundesvergleich (ca. 45 %) deutlich geringere Exportquote im Weser-Ems-Raum sein. Dadurch wirken sich außenwirtschaftliche Einflüsse – positive wie negative – nicht so stark aus wie auf die bundesdeutsche Gesamtwirtschaft. Während dies auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise den Abschwung im Nordwesten abgemildert hat, wirkte die in den letzten Jahren weiter gesunkene Exportquote aber ebenso dämpfend auf den nachfolgenden Aufschwung, der im Wesentlichen durch außenwirtschaftliche Impulse getrieben war.

Der Gleichklang mit der gesamtdeutschen Konjunktur zeigte sich auch in der Entwicklung der nordwestdeutschen Wirtschaft im Jahr 2012. Nach einem guten Auftakt im ersten Halbjahr sank die konjunkturelle Dynamik im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Besonders im Schlussquartal des Jahres klagten die regional besonders wichtigen Branchen Industrie, Baugewerbe und Einzelhandel über rückläufige Auftragseingänge bzw. die Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Dies wirkte sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Nordwesten aus. Die Lage am Arbeitsmarkt zeigte sich im Wesentlichen unverändert.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich nun schon seit Jahren in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Geschäftsmodelle werden auf den Prüfstand gestellt, regulatorische Anforderungen erhöhen Kosten und Aufwand und zwingen zu Anpassungen in ganzen Geschäftsfeldern. Die Rückbesinnung gerade der größeren Institute auf das vergleichsweise stabile Geschäft mit Privat- und Firmenkunden verschärft den ohnehin schon intensiven Wettbewerb um diese Kundensegmente und drückt die Margen. Auch der Eintritt neuer Akteure in die Finanzierung von Privat- und Firmenkunden senkt die Gewinnpotenziale für Banken in diesen Bereichen. Zudem belasten gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen die Erträge der Kreditinstitute. Die niedrigen Zinsen gepaart mit einer flachen Zinsstrukturkurve engen zum einen die Margen im Zinsgeschäft ein, zum anderen fehlen den Kreditinstituten damit die traditionellen Ertragsmöglichkeiten aus der Fristentransformation. Im Wertpapiergeschäft macht sich die Zurückhaltung der Privatanleger aufgrund der andauernden Verunsicherung infolge der verschiedenen Krisen bemerkbar, welche die Weltwirtschaft seit 2007 wesentlich prägen. Der Eigenhandel ist in vielen Instituten eingestellt bzw. deutlich eingeschränkt worden; mittelfristig könnte das die Liquidität in einigen Marktsegmenten belasten und zu einer erhöhten Volatilität führen.

Die Banken werden sich auf absehbare Zeit auf dieses unvorteilhafte Umfeld einstellen müssen. Angesichts der öffentlichen Verschuldung werden die Zentralbanken weiterhin dazu tendieren, das Zinsniveau niedrig zu halten, um stärkere Verwerfungen an den Finanzmärkten zu verhindern. Auf Seiten der Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Liquidität und Eigenkapital der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Diese Maßnahmen werden die Renditeaussichten der Branche nachhaltig schmälern.

Bericht über die geschäftliche Entwicklung der Bank im Jahr 2012

Das Ergebnis der Oldenburgische Landesbank AG hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar erholt und liegt mit einem Jahresüberschuss von 43,1 Mio. Euro. deutlich über dem durch eine hohe Risikovorsorge geprägten Vorjahr (1,6 Mio. Euro). Dennoch bleiben die Rahmenbedingungen für unser Geschäft anspruchsvoll, was sich auch in der Ertragslage widerspiegelt. Insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau in Deutschland belastet das Einlagengeschäft und führt zu sinkenden Zinsmargen. In ihrem Anlageverhalten sind die Kunden weiterhin zurückhaltend. Das Geschäft mit der Vermögensanlage gestaltet sich daher als herausfordernd. Während die OLB Regionalbank diese Belastungen durch ein gutes Kreditgeschäft abfedern konnte, konnte die Allianz Bank mit ihrer Ausrichtung auf das Einlagen- und Wertpapiergeschäft in diesem Umfeld die gesetzten Wachstumsziele nicht erreichen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ergebnisentwicklung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen %
Zinsüberschuss	235,1	245,8		
Provisionsüberschuss	88,4	79,8	8,6	10,8
Zins- und Provisionsüberschuss	323,5	325,6		-0,6
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	0,3	-3,0	3,3	k. A.
Personalaufwand	160,6	169,6	-9,0	-5,3
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	118,4	125,5	-7,1	-5,7
Verwaltungsaufwand	279,0	295,1	-16,1	-5,5
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	36,9	66,1	-29,2	-44,2
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	81,7	93,6	-11,9	-12,7
Risikovorsorge	19,9	82,7	-62,8	-75,9
Betriebsergebnis	61,8	10,9	50,9	k. A.
Außerordentliches Ergebnis	-2,5	-8,5	6,0	-70,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	3,4		3,4	k. A.
Übrige Posten				
Gewinn vor Steuern	62,7	2,4	60,3	k. A.
Steuern	19,6	0,8	18,8	k.A.
Jahresüberschuss	43,1	1,6	41,5	k. A.

¹ Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlager

Zinsüberschuss

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum ließ bei den als sicher geltenden Ländern wie Deutschland die Marktzinsen weiter absinken. Diese Entwicklung führt zu rückläufigen Zinsmargen und belastet Banken mit einem starken Einlagengeschäft besonders.

Der Zinsüberschuss sank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 10,7 Mio. Euro auf 235,1 Mio. Euro. Neben den Belastungen aus dem Einlagengeschäft ist dies auch auf Zinssicherungsgeschäfte zurückzuführen, die die OLB zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen als Absicherung gegen steigende Zinsen abschließen musste. Das Volumen der Einlagen konnte dagegen um 9,2 % deutlich auf 8,1 Mrd. Euro gesteigert werden und ist trotz sinkender Margen als stabile Refinanzierungsquelle für die OLB von hoher Bedeutung.

Günstig wirkten sich das niedrige Zinsniveau und die stabile konjunkturelle Entwicklung im Nordwesten auf die Kreditnachfrage aus. Die OLB Regionalbank konnte als verlässlicher Partner mittelständischer Firmenkunden in der Region davon profitieren. Das Kreditvolumen konnte bei stabilen Kundenmargen um 4,8% auf 10,5 Mrd. Euro gesteigert werden.

Provisionsüberschuss

In ihrer privaten Vermögensanlage disponieren unsere Kunden weiterhin vorsichtig. Trotz niedriger Zinsen im Einlagenbereich und einer stabilen Aufwärtsentwicklung am deutschen Aktienmarkt werden Anlagen bevorzugt, die Kapitalerhalt und Wertstabilität versprechen. Dies zeigt sich in deutlich gestiegenen Umsätzen in der Immobilienvermittlung und beim Abschluss von Bausparverträgen. In beiden Bereichen konnte der Provisionsüberschuss im laufenden Geschäftsjahr signifikant ausgebaut werden. Im Bereich Wertpapiergeschäft und Vermögensverwaltung stehen im Segment Regionalbank unseren Kunden in der gesamten Region erfahrene Private-Banking-Berater zur Seite. Die Allianz Bank unterstützt die Allianz Versicherungsagenturen in der Kundenberatung durch qualifizierte Anlagespezialisten. Auf dieser Basis konnte das Wertpapiergeschäft gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

Nettoergebnis aus dem Handelsbestand

Der Wertpapierhandel auf eigene Rechnung hat für die OLB keine strategische Bedeutung. Wir haben uns im Zuge unserer Fokussierung auf Kernkompetenzen entschlossen, unsere Aktivitäten voll auf das Geschäft mit unseren Kunden zu konzentrieren und den Eigenhandel aufzugeben. Bestehende Positionen haben wir bis zum Jahresende abgebaut. Das Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten werden wir in gewohnter Weise weiterführen.

Verwaltungsaufwand

Bei den Personalaufwendungen zeigten sich im Jahr 2012 die Einsparungserfolge aus der Anpassung der Vertriebsaufstellung der Allianz Bank. So gelang es, trotz einer Tarifsteigerung von 2,9% die Kosten deutlich unter das Niveau des Vorjahres zu senken. Im Sachkostenbereich wurden sämtliche Ausgaben einer kritischen Durchsicht unterzogen und teilweise neu priorisiert. Der gewonnene Spielraum wurde genutzt, um die OLB u.a. durch außerplanmäßige Abschreibungen zukünftig zu entlasten.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die Allianz Deutschland AG gleicht den durch den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes entstandenen saldierten Gesamtaufwand aus. Diese Erstattung führt im Wesentlichen zu dem hier ausgewiesenen Ergebnis.

Risikovorsorge

Das Vorjahr war durch Vorsorge für Risiken im Zusammenhang mit der branchenspezifischen Krisensituation im Bereich Schifffahrt und einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Seeschiffsbereich geprägt. 2012 kam es nicht zu größeren Einzelproblemen, sodass die Risikovorsorge geringer ausfallen konnte. Weiterhin ist aufgrund der stabilen konjunkturellen Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr für den wesentlichen Teil unseres Kreditportfolios ein günstiger Verlauf der Vorsorge festzustellen.

Die Schifffahrtsbranche kämpft weiterhin mit strukturellen Problemen, sodass trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland keine schnelle Erholung in Sicht ist. Die OLB Regionalbank verfügt als breit aufgestellter Partner der Unternehmen im Nordwesten in einem überschaubaren Rahmen über ein Portfolio von Schiffsfinanzierungen. Die Entwicklung der betroffenen Kredite unterliegt einer strengen Überwachung. Wir unterstützen unsere Kunden bei der Anpassung der Finanzierungsmodelle an die Rahmenbedingungen, die sich infolge der Strukturkrise verändert haben.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Aufgrund der langen Laufzeiten der Schiffe sind die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen.

Außerordentliches Ergebnis

Aus der im Jahr 2010 erfolgten Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) resultiert ein Aufwand aus der Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellungen, der in dieser Position ausgewiesen wird. Im Vorjahr fielen darüber hinaus Aufwendungen aus der Bildung von Restrukturierungsrückstellungen an.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Der Anlagestrategie der OLB folgend, die ein Halten dieser Wertpapiere bis zur Fälligkeit vorsieht, ist im Jahr 2011 ein Teil der Liquiditätsreserve in den wie Anlagevermögen bewerteten Bestand umgewidmet worden. 2012 sind weitere europäische Staatsanleihen in Höhe von nominal 200 Mio. Euro in den Anlagebestand aufgenommen worden.

Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich aus der Bewertung dieser Position ein Ergebnis von +3,4 Mio. Euro.

Vom Betriebsergebnis zum Bilanzgewinn

Durch die deutlich gesunkene Risikovorsorge erholte sich das Betriebsergebnis deutlich gegenüber dem Vorjahr und lag bei 61,8 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des Außerordentlichen Ergebnisses von –2,5 Mio. Euro und des Ergebnisses aus Finanzanlagen in Höhe von 3,4 Mio. Euro ergibt sich ein Gewinn vor Steuern von 62,7 Mio. Euro. Der Steueraufwand für das laufende Geschäftsjahr betrug 19,6 Mio. Euro, sodass sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 43,1 Mio. Euro ergibt. Da es keine Vorträge aus dem Vorjahr gibt, entspricht dies auch dem Bilanzgewinn.

Auf der Hauptversammlung am 5. Juni 2013 wird den Aktionären vorgeschlagen, 5,8 Mio. Euro zur Zahlung einer Bar-Dividende je Stückaktie in Höhe von 0,25 Euro zu verwenden und weitere 37,3 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Bilanzentwicklung

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen %
Barreserve	81	137		-40,9
Forderungen an Kreditinstitute	419	921	-502	-54,5
Forderungen an Kunden	10.171	9.674	497	5,1
Wertpapiere	3.537	2.570	967	37,6
Sachanlagevermögen	91	76	15	19,7
Treuhandvermögen	11	15	-4	-26,7
Sonstige Aktiva	95	107	-12	-11,2
Summe der Aktiva	14.405	13.500	905	6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	4.124	3.511	613	17,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.084	7.406	678	9,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.046	1.455	-409	-28,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	283	283	_	_
Genussrechtskapital	_	_	_	_
Treuhandverbindlichkeiten	11	15	-4	-26,7
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	560	558	2	0,4
Bilanzgewinn	43	2	41	k. A.
Sonstige Passiva	254	270	-16	-5,9
Summe der Passiva	14.405	13.500	905	6,7

Kundenkreditvolumen

Im Kreditgeschäft wurde die konservative Risikopolitik beibehalten. Wir streben ein nachhaltig profitables Wachstum an und legen ein hohes Gewicht auf die Durchsetzung unserer Margenerfordernisse im Wettbewerb. Als gefragter Finanzierungspartner im Nordwesten gelang es uns, aufgrund der regen Kreditnachfrage das stetige Wachstum im Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr fortzusetzen. Dabei überschritten die Forderungen an Kunden erstmals die Marke von 10 Mrd. Euro.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Zusammensetzung des Kundenkreditvolumens:

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen
Forderungen an Kunden	10.171	9.674	497
kurz- und mittelfristig	1.421	1.478	
langfristig	8.750	8.196	554
Kredite an Banken	10	8	2
Avalforderungen	314	331	
Kundenkreditvolumen insgesamt	10.495	10.013	482

Liquidität

Trotz einer deutlichen Normalisierung der Geld- und Kapitalmärkte im abgelaufenen Jahr steuert die OLB ihre Liquiditätsposition unter Berücksichtigung konservativer Sicherheitspuffer, um die Zahlungsfähigkeit auch im Fall plötzlich entstehender Zuspitzungen an den Finanzmärkten zu gewährleisten. Mit einer Liquiditätskennziffer von 1,55 zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 2,15) lag die OLB wiederum deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,00. Als weitere Absicherung schließt die OLB am Interbankenmarkt überwiegend besicherte Geldmarktgeschäfte ab. Eine Refinanzierung am Kapitalmarkt erfolgte im Jahr 2012 nicht.

Wertpapierbestände, Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die OLB hat im Wesentlichen in staatliche Schuldverschreibungen und Pfandbriefe investiert. Ein Teil der Zuwächse im Einlagengeschäft wurde in diese Wertpapiere erstklassiger Bonität investiert. Dies führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen von 2,3 Mrd. Euro auf 3,3 Mrd. Euro. Der Buchwert der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen beträgt 0,9 Mio. Euro.

Die in unserem Alleinbesitz stehenden Kreditinstitute W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, und die Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, verzeichneten 2012 eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung.

Fremde Gelder

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen
Kundengelder	8.084	7.406	678
täglich fällig	4.131	3.589	542
befristet	1.828	1.772	56
Spareinlagen	2.125	2.044	81
Bankeneinlagen	4.124	3.511	613
täglich fällig	265	149	116
befristet	3.859	3.363	496
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.046	1.455	-409
Nachrangige Verbindlichkeiten	283	283	
Fremde Gelder insgesamt	13.537	12.655	882

Die Kundengelder stiegen gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich an. Dabei ist der größte Anstieg in den täglich fälligen Sicht- und Tagesgeldern zu verzeichnen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus halten sich die Kunden bei längerfristigen Einlagen zurück und suchen liquide, kurzfristige Anlagen.

Eigenmittel

Gemäß dem auf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 getroffenen Beschluss wurde der Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,6 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Aufgrund des kräftigen Wachstums des Kreditgeschäfts fiel die Kapitalquote gegenüber dem Vorjahr leicht von 8,6 % auf 8,3 %.

Zweigniederlassungen

Die Allianz Bank wird als Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG in München betrieben. Die Bank unterhielt zum Jahresende 2012 insgesamt 177 Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG und 817 Agenturfilialen der Allianz Bank.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG (OLB). Im Bericht über unsere Beziehungen zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand gemäß ∫ 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die uns jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 15. Mai 2012. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines "comply or explain" eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2012 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen zu sorgen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzendem bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordinierung innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde aufgrund der Größe des Vorstands verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach ∬ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierte Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 ist dem Vergütungsbericht zu entnehmen.



Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, der Lageberichte, des Abhängigkeitsberichts und des Vorschlags zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehenkönnen, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Der Empfehlung in Ziff. 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 folgend, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2010 konkrete Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen. Die neue Fassung des DCGK vom 15. Mai 2012 sieht in Ziff. 5.4.1 zusätzlich vor, dass auch die nach Einschätzung des Aufsichtsrats angemessene Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder in den Zielekatalog aufgenommen werden soll. Daher hat der Aufsichtsrat die Ziele für seine Zusammensetzung mit Beschluss vom 11. Dezember 2012 wie folgt neu gefasst:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- · Sachkunde, insbesondere
 - · unternehmerische Erfahrung;
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- · Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtgremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d.h. Nominierung von mindestens jeweils einer weiblichen Kandidatin auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite zur nächsten turnusmäßigen Aufsichtsratswahl im Jahre 2013; dies steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat keine Auswahlmöglichkeit für Arbeitnehmervertreter hat.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Corporate-Governance-Bericht

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 ist dem Vergütungsbericht zu entnehmen. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht mit Ausnahme einer angemessenen Beteiligung von Frauen schon jetzt obigem Anforderungsprofil. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden diese Ziele berücksichtigen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl des Aufsichtsrats im Frühjahr 2013. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.



Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidialausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der Präsidialausschuss besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Der Präsidialausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zu den Aufgaben des Präsidialausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen, die Zustimmung zu Organkrediten nach § 15 KWG sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem Risikoausschuss gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Risikoausschuss befasst sich mit der Risikosituation und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Bank. Ihm ist vom Vorstand zu berichten, wenn die festgelegten Marktrisikolimite überschritten werden. Er erteilt ferner die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf. Zudem bedarf die Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme von Vermögensverwaltungsgesellschaften seiner Zustimmung. Der Risikoausschuss genehmigt den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden.

Der Prüfungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi diese Voraussetzungen erfüllt.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Revisions- sowie Compliancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Abschlussprüfung, insbesondere die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Des Weiteren erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratstätigkeit.

Dem Nominierungsausschuss gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten für die Wahl von Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat zu suchen und diese dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vorzuschlagen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidialausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Manfred Karsten
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz (ab 16.02.2012)

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- · Carsten Evering
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Dr. Thomas Naumann (ab 30.05.2012)
- · Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss

- · Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- · Rainer Schwarz

Nominierungsausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Prof. Dr. Andreas Georgi

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- · Andree Moschner, Vorsitzender
- · Manfred Karsten
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Jörg Thöle

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2012 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am True-and-fair-View-Prinzip, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem Finanzkalender, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte ("Directors' Dealings")

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus wurde die Anzeigepflicht auf Personen erweitert, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben gilt diese Pflicht auch für Personen, die Personen mit Führungsaufgaben nahe stehen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2012 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

 \S 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines "comply or explain" eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2012 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung mit der einen Ausnahme entsprochen, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Da die entsprechende Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex gestrichen wurde, wird die OLB künftig wieder sämtlichen Empfehlungen entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2012 hat folgenden Wortlaut:

"Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" gemäß § 161 Aktiengesetz

- 1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 15. Mai 2012 und wird ihnen auch künftig entsprechen.
- 2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 hat die Oldenburgische Landesbank AG den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit der dort genannten Ausnahme entsprochen (abweichend von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 keine erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats). Diese Abweichung ist mit der Neufassung des Kodex vom 15. Mai 2012 entfallen, weil dort die Empfehlung einer erfolgsorientierten Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder nicht mehr enthalten ist.

Oldenburg, im Dezember 2012 Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand: Für den Aufsichtsrat: gez. Dr. Achim Kassow gez. Andree Moschner"

gez. Jörg Höhling

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf unserer Internetseite (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2012 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz Gruppe integriert mit eigenen Initiativen für das UN-Global-Compact-Programm und der Anerkennung der OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB-Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter https://www.allianz.com/v_1339509001000/ media/investor_relations/de/corporate_governance/verhaltenskodices/verhaltenskodex.pdf veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im Corporate-Governance-Bericht beschrieben.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 ist im Vergütungsbericht dargestellt.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im Corporate-Governance-Bericht abgebildet.







Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2012 erfolgt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin beschlossen, das bestehende Vergütungssystem für den Vorstand unverändert weiterzuführen.

Die folgenden Vergütungsgrundsätze sind maßgeblich für die Vorstandsvergütung:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das derzeit geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) Fixe Bezüge. Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.
- b) Sonstige Vergütungsbestandteile. Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen und die Bereitstellung von Dienstwagen. Darüber hinaus erhielten Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 Bezüge aus der Wahrnehmung von Mandaten in Aufsichtsorganen bei konzerneigenen Gesellschaften.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus verschiedenen Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurz- und mittelfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 165 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) Jahresbonus. Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden zu Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.
- b) Mittelfristbonus. Dem Vorstandsvorsitzenden wird zusätzlich zum Jahresbonus ein Drei-Jahre-Bonus gewährt. Hierzu wird in einem Zeitraum von drei Jahren für jedes Jahr ein Betrag in Höhe des festgesetzten Jahresbonus dotiert. Die Summe dieser Beträge bildet die vorläufige Grundlage für den Mittelfristbonus. Nach Ablauf des jeweiligen Drei-Jahre-Zeitraums prüft der Aufsichtsrat, inwieweit die Zielerreichung nachhaltig war, und legt auf Basis dieser Prüfung die Höhe des Mittelfristbonus fest. Die Abrechnung des Mittelfristbonus 2010-2012 erfolgt im Jahr 2013.
- c) Aktienbezogene Vergütung. Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (Allianz Equity Incentive = AEI) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar, in Aktien der Allianz SE oder in sonstigen Ersatzwerten ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (Group Equity Incentive = GEI) wurden neben RSU auch sogenannte Stock Appreciation Rights (SAR) ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle Optionen, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss der Kurs der Aktie während der Planlaufzeit den Dow Jones EURO STOXX Price Index (600) mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben. Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des neuen Allianz Equity Incentive Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersversorgung in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2012

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 in individualisierter Form ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

			nabhängige Erfolgsabhängige gsbestandteile Vergütungsbestandteile			Gesamt	
Tsd. Euro		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungs- bestandteile	Jahres- bonus (kurzfristig)	Drei-Jahre- Bonus (mittelfristig)	Aktien- bezogene Vergütung (langfristig)	
Dr. Achim	2012	440,0	17,8	201,3	201,3	201,3	1.061,7
Kassow	2011	183,3	3,0	91,7	91,7	441,72	811,4
Dr. Thomas Bretzger (seit 1. Juli	2012	110,0	2,5	92,9		92,9	298,3
2012)	2011						
	2012	220,0	15,2	188,0	_	188,0	611,2
Jörg Höhling	2011	220,0	11,7	137,1		137,1	505,9
Karin Katerbau (seit 16. April	2012	156,0	24,5	137,5		637,53	955,5
2012)	2011	_	_	_	_	_	_
Dr. Stefan Friedmann (bis 30. Juni	2012	110,0	10,9	97,0		97,0	314,9
2012)	2011	220,0	21,7	135,7	_	135,7	513,1
Gesamt-	2012	1.036,0	70,9	716,7	201,3	1.216,7	3.241,6
vergütung	20114	1.033,3	71,7	957,4	91,7	714,5	2.868,6

¹ Der Drei-Jahre-Bonus bezieht sich auf die Periode 2010 – 2012. Da Herr Dr. Achim Kassow am 1. August 2011 in den Vorstand eingetreten ist, erhält er diesen Bonus zeitanteilig für den Zeitraum 01.08.2011 bis 31.12.2012. Für diesen Zeitraum hat der Aufsichtsrat die Bonushöhe auf insgesamt 293 Tsd. Euro festgelegt. Der hier ausgewiesene Betrag entspricht diesem Betrag abzüglich der bereits für 2011 für die Bonusdotierung gebildeten Rückstellung in Höhe von 91.7 Tsd. Euro.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 49.357 Stück SAR sowie 33.045 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 betrug 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 430 Tsd. Euro (Vorjahr: 524,3 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 21 Tsd. Euro (Vorjahr: 113 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 75 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,1 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 6 Tsd. Euro) ausgenutzt. Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

² Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2011 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Herrn Dr. Achim Kassows Vorarbeitgeber zusammen.

³ Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2012 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Frau Karin Katerbaus Vorarbeitgeber zusammen.

⁴ Die Gesamtsummen 2011 geben die Vergütung aller im Geschäftsjahr 2011 aktiven Mitglieder des Vorstands wieder. Sie enthalten daher auch die Vergütungen der 2011 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieder Benedikt Buhl und Dr. Peter Schinzing.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 darüber hinaus insgesamt 11,2 Tsd. Euro inklusive Umsatzsteuer.

Für die Betriebliche Altersversorgung und vergleichbare Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2012 für Frau Katerbau 61 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Kassow 149 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Bretzger 42 Tsd. Euro und für Herrn Höhling 79 Tsd. Euro aufgewendet.

Am 31. Dezember 2012 betrugen die Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2012 aktiven Vorstandsmitglieder 727 Tsd. Euro (Vorjahr: 3,0 Mio. Euro). Davon entfielen auf Frau Katerbau 59 Tsd. Euro, Herrn Dr. Kassow 222 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 41 Tsd. Euro und Herrn Höhling 405 Tsd. Euro.

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 1,3 Mio. Euro gezahlt. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis beliefen sich auf 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,4 Mio. Euro).

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen, Immobilien)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich können die Auszubildenden Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinaus gehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z.B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinaus gehen, gilt das zu den Auszubildenden Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70% und 120% abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts sowie eine individuelle Zieltantieme mit einem Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 %. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Geschäftsbereichen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	Gesamtvergütung 2012			
Euro	fix	variabel	Provisionen	Summe
OLB Regionalbank	89.459.031	17.155.400	4.007.265	110.621.696
Allianz Bank	20.853.436	3.693.547	15.841	24.562.824
Summe Oldenburgische Landesbank AG	110.312.467	20.848.947	4.023.106	135.184.520
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.337.436	350.896	2.089	1.690.421
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.263.923	228.520	39.251	1.531.694
OLB-Immobiliendienst GmbH	248.748	91.249	91	340.088
Grundstücksgesellschaft mbH	_	_	_	_
OLB Service GmbH	_	_	_	_
Summe Tochtergesellschaften	2.850.107	670.665	41.431	3.562.203
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank Konzern	113.162.574	21.519.612	4.064.537	138.746.723

An der variablen Vergütung nehmen grundsätzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil, mit Ausnahme geringfügig Beschäftigter und kurzfristiger Aushilfskräfte.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von jeweils 15.000 Euro. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss wird mit 12.500 Euro vergütet. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bekommen jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Nominierungs- und Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Die Aufsichtsratsmitglieder Moschner, Schwarz und Dr. Naumann hatten im Berichtsjahr gleichzeitig Vorstandsmandate in Gesellschaften des Allianz Konzerns inne und verzichteten deshalb auf eine Vergütung ihrer Aufsichtsratstätigkeit.

Euro		Festvergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt- vergütung
Andree Moschner ¹ , Vorsitzender	2012 2011				
	2012	75.000	12.500	2.500	90.000
Manfred Karsten, stellv. Vorsitzender	2011	75.000	12.500	3.000	90.500
	2012	50.000	_	2.500	52.500
Dr. Werner Brinker	2011	50.000		2.500	52.500
	2012	50.000		2.500	52.500
Claas E. Daun	2011	50.000	_	2.500	52.500
	2012	50.000	30.000	3.000	83.000
Carsten Evering	2011	50.000	30.000	3.000	83.000
	2012	50.000	72.500	2.500	125.000
Prof. Dr. Andreas Georgi	2011	50.000	72.500	3.000	125.500
	2012	50.000	27.500	2.500	80.000
Stefan Lübbe	2011	50.000	27.500	3.000	80.500
Dr. Thomas Naumann ¹	2012		_		_
(seit 20.02.2012)	2011		_		_
	2012	50.000	_	2.500	52.500
Horst Reglin	2011	50.000		2.500	52.500
	2012	50.000	27.500	2.500	80.000
Uwe Schröder	2011	50.000	27.500	3.500	81.000
	2012				
Rainer Schwarz ¹	2011				
	2012	50.000		2.500	52.500
Jörg Thöle	2011	50.000	_	2.500	52.500
	2012	475.000	170.000	23.000	668.000
Summe	2011	475.000	170.000	25.500	670.500

ı Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 668.000 Euro (Vorjahr: 670.500 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 126.920 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 241,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 247,0 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 14,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 15,4 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 4,74 % und 8,49 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 46,6 Tsd. Euro), für die Avalprovisionen zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 730,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 230,5 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 640,3 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 126,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 121,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 3,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 4,3 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Risikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die geschäftspolitische Grundlage für alle risikobehafteten Geschäftsaktivitäten der Oldenburgische Landesbank AG ist die Risikostrategie. Sie wird vom Vorstand der OLB beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen. Der Vorstand orientiert sich bei der Ausgestaltung der Strategie an dem Rahmenwerk des Allianz Konzerns. Dabei werden ausgewählte, für die OLB relevante Elemente in die eigene Risikostrategie übernommen.

Ziel des Risikomanagementprozesses der OLB ist die Beherrschung aller eingegangenen Risiken zur Generierung zusätzlicher Erträge für den kontinuierlichen Ausbau des Risikodeckungspotenzials. Die Optimierung der Ertrags-Risiko-Relation unter Vorgabe eines Gesamtbankrisikos steht hierbei im Mittelpunkt der Steuerung. Der Rahmen für die grundsätzliche Risikobereitschaft in den einzelnen Risikofeldern ergibt sich dabei aus der Geschäftsstrategie und den Gesamtbankertragszielen.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geplanten und bestehenden Geschäftsaktivitäten ab. Dabei wird sichergestellt, dass

- Risikoaspekte bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie der OLB berücksichtigt sind,
- die zukünftige Risikotragfähigkeit der OLB sichergestellt ist und die sich aus der geplanten Geschäftsstrategie ergebenden Risiken abgedeckt sind,
- eine maximale Risikoauslastung definiert ist, die sich am Risikodeckungspotenzial abzüglich eines durch den Vorstand definierten Risikopuffers orientiert,
- der Risikomanagementprozess der OLB eine unabhängige Identifizierung der wesentlichen
 Risiken sowie deren Bewertung mittels geeigneter Risikomessverfahren gewährleistet und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Im Rahmen der Risikostrategie werden das Adressrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risiken definiert, die aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind und deshalb aktiv gesteuert werden.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen. Das Eingehen von Risiken erfolgt generell nur bei ausreichend vorhandenem Risikodeckungspotenzial.

Definition der Risikoarten

Adressrisiken

Das Adressrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit oder den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, also durch die mögliche Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Länderrisiko – als Teilbereich des Adressrisikos – bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Es ist ein Maß für den Einfluss, den politische sowie volkswirtschaftliche Verhältnisse des betrachteten Landes auf das Zahlungsverhalten des Schuldners haben. Das Länderrisiko ist nicht in der Bonität und damit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründet. Beispiele für Länderrisiken sind Zahlungsverbote, eine Entwertung der Landeswährung oder Embargos.

Darüber hinaus ist auch das Credit-Spread-Risiko als Ausprägung des Adressrisikos anzusehen. Es bezeichnet die Gefahr, dass sich die Credit Spreads am Kapitalmarkt durch eine veränderte Wahrnehmung von Adressrisiken erhöhen und dadurch mit Adressrisiken behaftete Wertpapiere trotz konstanter Bonität der Emittenten eine Abwertung erfahren.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Beispiele hierfür sind unerwartete Änderungen bei Aktienkursen, Zinssätzen oder Preisen für Rohstoffe, Edelmetalle und Immobilien. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur durch Inkaufnahme erhöhter Eindeckungsaufwendungen (Refinanzierungsrisiko) gewährleistet werden kann.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlusts durch Unzulänglichkeiten oder Versäumnisse bei Projekten, Prozessen oder Kontrollen aufgrund von technischen, personellen, organisatorischen oder externen Faktoren. Hierzu zählt auch das Kriminalitätsrisiko, das Verluste aufgrund krimineller Handlungen von Mitarbeitern und / oder externen Dritten umfasst. Beispiele für operationelle Risiken sind Fehler in der Sachbearbeitung, Ausfall der EDV, Naturkatastrophen und Betrug.

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch den Erlass neuer bzw. die Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften sowie durch eine nachteilige Interpretation oder Anwendung von Gesetzen oder Vorschriften durch Gerichte. Das beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht durchsetzbar sind oder dass ein Gericht entscheidet, dass stattdessen für die Bank andere nachteilige Regelungen gelten.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes durch eine Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilsinhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.

Strategische Risiken/Geschäftsrisiken

Das strategische Risiko ist das Risiko, dass langfristige Geschäftsziele wegen eines ungeeigneten strategischen Entscheidungsprozesses oder wegen unzureichender Überwachung der Umsetzung von Strategien nicht erreicht werden. Das Geschäftsrisiko beinhaltet zudem Risiken, die aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen entstehen, beispielsweise durch Veränderungen im Marktumfeld oder im Kundenverhalten sowie durch technischen Fortschritt.

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken bilden keine eigene Risikoart, sondern können als zusätzliche Ausprägung der oben beschriebenen Risikoarten auftreten. Sie liegen dann vor, wenn innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg eine einzelne Risikoposition oder mehrere miteinander korrelierte Risikopositionen eine so hohe Bedeutung für ein Institut haben, dass das Eintreten des entsprechenden Risikos die Existenz des Kreditinstituts gefährdet. Als Beispiel kann der Ausfall eines einzelnen Großengagements oder zahlreicher Engagements einer Branche genannt werden.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial über die Barwerte der Vermögenspositionen abzüglich der Barwerte der Schuldpositionen berechnet. Um Risikotragfähigkeit zu konstatieren, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der Risikobeiträge der einzelnen Risikoarten ermittelt. Bei dieser konservativen Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten außen vor. Zur Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der OLB ein Konfidenzniveau in Höhe von 99,93% und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass in nur 0,07% der Fälle ein Verlust eintritt, der höher als das berechnete Risiko ist.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeitsbetrachtung analysiert zudem zwei Sichtweisen. Die erste orientiert sich konsequent an einem Liquidationsszenario. Die zweite ergänzt die erste um Going-Concern-Aspekte, die sich an aufsichtsrechtlichen Vorgaben orientieren. Kernaktiva bleiben hierbei als Risikodeckungspotenzial unberücksichtigt, da sie für den Geschäftsbetrieb erforderlich sind. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen auch nach Schlagendwerden des kalkulierten Risikos erfüllt sind.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitsanalyse setzt auf der Mehrjahres-Bilanz- und Gewinn- und Verlust-Planung auf. Es werden die geplanten Entwicklungen bilanzieller Risiko- und Kapitalgrößen betrachtet und die Einflussgrößen der Veränderungen eruiert. Dabei wird die Entwicklung unter normalen, aber auch unter extremen Marktbedingungen untersucht. Die OLB hat hierzu extreme, aber nicht unwahrscheinliche Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung definiert, um den Einfluss auf mehrere Risikofaktoren gleichzeitig und auf die Bewertung der Portfolien zu untersuchen. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der OLB sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Das zentrale Gremium, in dem alle strategisch risikorelevanten Themen diskutiert und abgestimmt werden, ist das Risikokomitee. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der für den Bereich Treasury zuständige Vorstand sowie die Leiter der Abteilungen Kreditmanagement, Risikocontrolling, Treasury, Finanzen / Controlling, Revision und Vorstandsbüro vertreten. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Vorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement sind die Leiter der folgenden Zentralabteilungen verantwortlich:

Risikoart	Zentralabteilung
Adressrisiken Marktpreis- und Liquiditätsrisiken	Kreditmanagement Gesamtbank Treasury
Operationelle Risiken	Organisation
Rechtsrisiken Strategische Risiken / Geschäftsrisiken	Rechtsabteilung Finanzen/Controlling
Reputationsrisiken	Unternehmenskommunikation

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Dazu gehören die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen im Allgemeinen genauso wie die individuelle Kreditentscheidung im Speziellen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance. Sie sind als vom Risikomanagement organisatorisch unabhängige Instanzen implementiert. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen (beispielsweise Limitauslastungen) zur Verfügung. Die Stabsstelle Compliance ist für die Überwachung der Einhaltung verschiedener Gesetze und Richtlinien verantwortlich, wie zum Beispiel der Regelungen zur Verhinderung von Insiderhandel, Geldwäsche oder betrügerischen Handlungen.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Aufsichtsrat, Vorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter). Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilungen Kreditmanagement Gesamtbank sowie Finanzen/Controlling.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Adressrisiken

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung sämtlicher Adressrisiken im Kundenkreditgeschäft obliegt dem Kreditmanagement Gesamtbank. Sie basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anreizsysteme, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet. Das Kreditmanagement ist dabei in regionale und zentrale Einheiten aufgeteilt.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. So ist in der OLB für die Kredite an Kunden ein adressbezogenes Gesamtengagementvolumen von bis zu 250 Tsd. Euro als homogenes, risikoarmes Geschäft definiert. Diese Engagements unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des inhomogenen Portfolios (Gesamtengagementvolumen über 250 Tsd. Euro und alle Spezialfinanzierungen) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – individuell votiert, entschieden und überwacht.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im homogenen Portfolio in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden der Segmente "Private Banking", "Freie Berufe" und "Firmenkunden" werden durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro – bei angemessener Bonität – entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Ratingerstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch interne und externe zertifizierte Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen die Engagements einer laufenden Kreditüberwachung. Bei Engagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) werden jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse und eine Überprüfung der Sicherheitenbewertung vorgenommen. Zudem unterliegen alle Engagements verschiedenen maschinellen Überwachungsverfahren, die bei Auftreten von Risikosignalen eine individuelle Neubewertung auslösen.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die OLB ist zentral ein Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen ebenfalls eine individuelle Neubewertung der betroffenen Engagements veranlasst.

Die Genehmigung der Kreditvergabe und -überwachung ist an das Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren Anreiz- und Anforderungssysteme. So regeln z.B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limite, z.B. je Kreditnehmer oder je Finanzierung, führen dazu, dass bei Bedarf entsprechend Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind über die Kompetenzen hinaus in der Risikostrategie Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikomanagement Eigenhandel

Die OLB ist keine Investmentbank. Ihren Eigenbestand unterscheidet sie zum einen in ein vom Umfang und Risiko eher untergeordnetes Handelsbuch und zum anderen in ein Anlagebuch.

Zum Handelsbuch gehören überwiegend Wertpapiere und Kontrakte, die mit dem Ziel gehalten werden, durch kurzfristige Handelsaktivitäten wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Darüber hinaus sind Zins- und Währungspositionen, die aus dem Kundengeschäft resultieren, dem Handelsbuch zugeordnet.

Die kurzfristigen Handelsaktivitäten auf eigene Rechnung sind nicht von strategischer Bedeutung. Die OLB hat sich entschlossen, diese Aktivitäten einzustellen, und hat bis Jahresende 2012 die Positionen abgebaut. Das Kundengeschäft mit Währungs- und Zinssicherungsinstrumenten wird weitergeführt.

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz. Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität und auf zentrale Kontrahenten, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Risikostrategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Geschäft behandelt.

Risikomessuna

Zur internen Messung der Kreditrisiken insgesamt verwendet die OLB ein Verfahren, das auf der Methodik des IRB-Ansatzes nach Solvabilitätsverordnung basiert. Damit lässt sich ein erwarteter Verlust für das Kreditportfolio auf Sicht eines Jahres ermitteln.

Darauf aufbauend hat die OLB ein Portfoliomodell implementiert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Adressrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Darüber hinaus wird monatlich der Value-at-Risk für das Teilportfolio der Forderungen und das der Wertpapiere im Anlagebuch berechnet. Diese Größen sind in der Risikostrategie limitiert.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken unterliegt die OLB im Wesentlichen im Kundengeschäft sowie im Eigenhandel. Nennenswerte Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis gehandelter Aktien und
- die Währungskursverhältnisse

sowie die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Bei der Messung und Limitierung von Marktpreisrisiken wird zwischen Handels- und Anlagebuch unterschieden. Das Handelsbuch der OLB beschränkte sich im Jahr 2012 auf Aktien-, Devisen- und Zinsgeschäfte; es war damit auf die genannten Risikokategorien begrenzt. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktienund Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Risikomessung

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Gesamthausebene insbesondere mittels statistischer Value-at-Risk-Modelle.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zinsund Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt.

Der Value-at-Risk für das Handelsbuch wird über einen Delta-Normal-Ansatz berechnet. Die Risikopositionen werden dabei zum einen für den Handelsbestand insgesamt und zum anderen für die Bereiche Aktien, Zinsen und Devisen ermittelt. Als Risikofaktoren finden dabei Aktienkurse und Aktienindizes, Wechselkurse und Zinsstrukturkurven Berücksichtigung. Diese werden über die RiskMetrics-Methodik modelliert. Hierbei finden Haltedauer, Volatilität und die stochastische Verteilung des entsprechenden Risikofaktors Berücksichtigung.

Die zur Berechnung der Value-at-Risk-Kennzahl des Handelsbuches notwendigen Korrelationen werden über eine Korrelationsmatrix berücksichtigt. Nichtlineare Risiken (z. B. Aktienoptionen) werden entsprechend dem Delta-Plus-Ansatz nach Solvabilitätsverordnung behandelt und als Add-on den jeweiligen Portfolios zugeordnet.

Bei den Simulationen werden folgende Parameter verwendet:

	Handelsbuch	Anlagebuch
Risikoarten	Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken	Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken
Marktdaten	250 Handelstage, gleichgewichtet	Seit Anfang 1988, gleichgewichtet
Portfoliohaltedauer	10 Tage	1 Jahr
Konfidenzniveau	99 %	99,93 %

Zur Qualitätssicherung der Risikomessung im Handelsbuch findet zudem regelmäßig ein Backtesting der Value-at-Risk-Ergebnisse statt. Beim sogenannten "Clean Backtesting" werden die durch die tatsächlichen Preisbewegungen entstandenen, hypothetischen Gewinne und Verluste eines konstant gehaltenen Portfolios mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktpreisrisiken ist die Abteilung Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird ergänzend im Risikokomitee beraten und durch den Vorstand entschieden.

Um die Risiken insgesamt zu begrenzen, sind Limite definiert. Als Messgrößen dienen

- der Value-at-Risk für das Anlagebuch (99,93 % / 1 Jahr),
- der Value-at-Risk für das Handelsbuch (99 %/10 Tage) sowie
- der wirtschaftliche Verlust im Handelsbuch.

Neben dem Limit für das Gesamtinstitut bestehen im Anlagebuch Einzellimite für das Segment OLB Regionalbank sowie das Segment Allianz Bank. Darüber hinaus sind separate Limite für Aktienpositionen sowie die Anleihepositionen der Liquiditätsreserve in den Segmenten Regionalbank und Allianz Bank definiert.

Das Value-at-Risk-Limit für das Handelsbuch wurde durch Vorstandsbeschluss im Juli 2012 von vorher 4 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro halbiert. Das Einstellen der Handelsaktivitäten im Handelsbuch führt aktuell zu sehr geringen Auslastungen der Risikolimite, die aus den weiter bestehenden Zins- und Währungspositionen des Kundengeschäftes resultieren. Eine Neugestaltung der Limitstruktur zum Handelsbuch ist in Arbeit.

Zur Bewertung der Marktpreisrisiken werden ergänzend verschiedene Stressszenarien gerechnet. Für das Anlagebuch findet dabei eine Überprüfung der Zinsänderungsrisiken nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen statt. Für das Handelsbuch sind verschiedene Szenarien definiert, die insbesondere die Veränderung von Aktien- und Devisenkursen, Zinssätzen sowie deren Volatilitäten betrachten. Sie wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr überarbeitet und an veränderte gesetzliche Anforderungen angepasst.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Auslastung der vorgegebenen Risikolimite des Handelsbuches wird täglich auf Basis der Tagesendbestände vom Risikocontrolling festgestellt. Der Risikovorstand wird zu Beginn eines jeden Handelstages über die Entwicklung des Marktpreisrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Über die Marktpreisrisiken im Anlagebuch wird monatlich berichtet.

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken erfolgt auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage. Diese Sicht dient der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist dabei strenge Nebenbedingung.

Darüber hinaus nutzt die OLB eine Anwendung zur Messung und Steuerung von mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken. Mit ihr wird die Liquiditätssituation monatlich durch das Risikocontrolling überwacht. Basis sind u.a. Auswertungen, die den zukünftigen Liquiditätscashflow analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien Berücksichtigung.

Im "Normal Case" werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario "Rezession" beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund zunehmender Kreditausfälle, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario dar-über hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario "Downgrade" unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der OLB. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bankruns.

Das Szenario "Kombiniert" verbindet die Annahmen des Szenarios "Rezession" mit denen des Szenarios "Downgrade".

Ergänzend zu den beschriebenen Szenarien wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Konzentrationsrisikoanalysen in die Liquiditätsrisikobetrachtung aufgenommen. Dazu wird der Mittelabfluss der Top-10-Einlagenkunden untersucht und die Auswirkungen auf die Risikokennzahlen analysiert.

Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand im Risikokomitee monatlich informiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet.

Die Limitierung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der "kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge". Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien "Rezession", "Downgrade" sowie das Szenario "Kombiniert". Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von Repo-Geschäften zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Details zur Messung, Limitierung und Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Liquiditäts-Strategie der OLB fixiert.

Operationelle Risiken

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden in der OLB einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlustund Risikodaten.

Seit Januar 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden in der OLB jährliche Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf die OLB hätten.

Die Szenarien werden mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und von ihnen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Nach Genehmigung durch die BaFin wird der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko nach dem Standardverfahren ermittelt. Der Einsatz eines fortschrittlichen Messansatzes zur Ermittlung des operationellen Risikos ist in Vorbereitung.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle und den Risikoindikatoren für bedeutende operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Bzgl. Kriminalitäts- und Korruptionsrisiken sind im abgelaufenen Geschäftsjahr Gefährdungsanalysen durch Compliance durchgeführt worden. Die Fraud-Präventions-Richtlinie sowie eine Antikorruptionsrichtlinie regeln das Management dieser Risiken.

Rechtsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Rechtsrisiken ist identisch mit dem der operationellen Risiken. Auf Basis von Szenarioanalysen werden die Risiken rechtlicher Veränderungen quantifiziert und in Abhängigkeit von der Bedeutung entsprechende Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen.

Das Management der Rechtsrisiken ist dabei Aufgabe der Rechtsabteilung. Beispielsweise werden zur Risikobegrenzung für etablierte Produkte geprüfte Standardverträge verwendet. In diesem Zusammenhang unterstützt die Rechtsabteilung die entsprechenden Fachabteilungen bei der Produktgestaltung, damit die verwendeten Verträge stets den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen und notwendige Konsequenzen aus Änderungen in der Gesetzgebung sowie aktuellen Rechtsprechungen zeitnah umgesetzt werden.

Bei individuellen Verträgen werden zudem die rechtlichen Risiken des Einzelfalls geprüft und durch eine adäquate Vertragsgestaltung begrenzt.

Reputationsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Reputationsrisiken ist ebenfalls identisch mit dem operationeller Risiken. Er liegt in der Verantwortung der Unternehmenskommunikation. Auch hier werden Szenarien entwickelt und dafür geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung aufgestellt. Dazu gehören zum einen präventive Maßnahmen wie beispielsweise die Definition von Unternehmensleitlinien und Verhaltensregeln für Mitarbeiter, die den positiven Auftritt der OLB nach außen fördern, und zum anderen die bewusste Zurückhaltung bei Geschäften, die zu einer Rufschädigung führen können. Zusätzlich werden für den Eintritt verschiedener Schadensszenarien Maßnahmen festgelegt, die potenzielle Schäden begrenzen.

Strategische Risiken / Geschäftsrisiken

Zur Einschätzung strategischer Risiken werden in der OLB die klassischen Instrumente der Simulation von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt. Die Geschäftsstrategie wird in einem jährlich stattfindenden Prozess überprüft und weiterentwickelt und dabei an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Die Überwachung der Strategieumsetzung erfolgt auf Basis geeigneter Schlüsselgrößen (Key Performance Indicator), die im Strategieprozess für die Implementierung der jeweiligen Teilstrategien festgelegt werden.

Konzentrationsrisiken

Das Management von Konzentrationsrisiken findet im Rahmen der Steuerung der einzelnen Risikoarten in den jeweils verantwortlichen Abteilungen statt.

Risikolage

Adressrisiken

Kundenkredite

Die Kundenkredite sind überwiegend an Privatkunden sowie mittelständische Firmenkunden vergeben. Dabei konzentriert sich das Geschäft bei Privatkunden auf Baufinanzierungen sowie Konsumentenkredite. Im Firmenkundengeschäft sind es Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie Immobilienfinanzierungen, die den Ausschlag geben.

Bonitätsklasse	Bewertung
1-11	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
III – IV	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
V-VI	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
VII – VIII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
IX-X	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
XI – XII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
XIII – XIV	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug
XV-XVI	Kreditnehmer in Zahlungsverzug

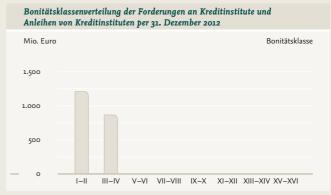
siehe Grafik unten links

Die Bonitätsklassenstruktur der Forderungen an Kunden zeigt mit 64,1 % den wesentlichen Teil des Portfolios in den durchschnittlichen bis sehr guten Klassen (I-VIII). 4,6 % entfallen auf kritische Bonitäten (XIII-XVI).

Insgesamt sind die Forderungen an Kunden mit rund 54% besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 77%, gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen etc. mit 12%. Auf die sonstigen Sicherheiten, im Wesentlichen Sicherungsübereignungen, entfallen etwa 11 %.

Das Kreditportfolio der OLB zeigte in den vergangenen Jahren ein überproportionales Wachstum in den oberen Engagementgrößenklassen. Dennoch weist das Kundenkreditportfolio zum 31. Dezember 2012 lediglich drei Engagements auf, deren Kreditvolumina die aufsichtsrechtliche Meldegrenze für Großkredite nach § 13a KWG überschreiten. Um die Größenkonzentrationsrisiken aktiver zu steuern, wurden im Geschäftsjahr 2011 Limite auf Engagementebene in die Risikostrategie aufgenommen. Das Wachstum in den oberen Größenklassen über 10 Mio. Euro bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr unterhalb des Portfoliodurchschnitts.





Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen, haben dabei in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen und zu nennenswerten Volumina im Kreditportfolio der OLB geführt. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2012 weiter fortgesetzt. Hier spiegelt sich die führende Kompetenz der OLB in diesen Geschäftsfeldern wider.

Zur Begrenzung von Branchenkonzentrationsrisiken im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite für den Bereich der erneuerbaren Energien definiert. Alle Limitierungen wurden das ganze Geschäftsjahr über eingehalten.

Schiffsfinanzierungen

Die OLB hat in den vergangenen Jahren als breit aufgestellter Partner der Unternehmen im Nordwesten in einem überschaubaren Rahmen ein Teilkreditportfolio im Bereich der Schiffsfinanzierungen aufgebaut. Die Schifffahrtsbranche kämpft weiterhin mit strukturellen Problemen, sodass trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland keine schnelle Erholung in Sicht ist.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Aufgrund der langen Laufzeiten der Schiffe sind die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen. Die Entwicklung der betroffenen Kredite unterliegt einer strengen Überwachung.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Konzentrationsrisiken auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sehen wir dort jedoch keine relevanten Konzentrationsrisiken für die OLB.

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (I–VI), 99,8 % der Forderungen liegen im Bereich I–IV.

Siehe Grafik Seite 46 rechts

Die Bonitätsklassenstruktur der Forderungen an Kreditinstitute hat sich verglichen mit dem Vorjahr leicht verbessert, das Volumen insgesamt reduziert. Die OLB verfolgt in diesem Segment weiterhin eine konservative Risikopolitik.





■ VaR 2011 ■ VaR 2012

Länderrisiken

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen in der OLB keine wesentliche Rolle.

Marktpreisrisiken

Handelsbuch

Value-at-Risk des Handelsbuches (99 % / 10 Tage) nach Risikokategorien im Jahr 2012:

Die hier veröffentlichten Zahlen beinhalten die Anwendung eines Backtesting-Faktors in Höhe von 2, der im Rahmen der Modell-Kalibrierung ermittelt wurde.

Mio. Euro	Aktienrisiken	Devisenrisiken	Zinsrisiken	Handel gesamt
Mittelwert	0,53	0,02	0,34	0,65
Minimum			0,01	0,01
Maximum	2,55	0,13	1,63	2,79

siehe Grafik Seite 050 links

Die Marktpreisrisiken des Handelsbuches (VaR-Modell 99%/10 Tage) bewegten sich im Jahr 2012 durchweg im Rahmen der definierten Limite (4 Mio. Euro bis 17.07.2012, anschließend 2 Mio. Euro). Die durchschnittliche Auslastung des neuen Limits lag bei 33 %. Die maximale Auslastung ergab sich im März und betrug 70 % des damals gültigen Limits von 4 Mio. Euro.

Das Marktumfeld war im Jahr 2012 weiterhin von den krisenhaften Entwicklungen in mehreren europäischen Staaten geprägt. Der Handel wurde bereits im zweiten Quartal 2012 deutlich reduziert und zum Jahresende schließlich eingestellt.

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2012:

Mio. Euro	VaR
Mittelwert	118,0
Minimum	86,2
Maximum	136,1

siehe Grafiken Seite 047

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 %/1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2012 im Durchschnitt oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 118 Mio. Euro deutlich über dem Wert für 2011 in Höhe von 57,4 Mio. Euro. Das Limit wurde durchweg eingehalten.

In der ersten Jahreshälfte ist der Value-at-Risk aufgrund der Zinsentwicklung, aber auch durch gezielte Maßnahmen angestiegen. Der Zinsbuchbarwert hat sich durch das absinkende Zinsniveau erhöht, was zu einem Anstieg der Risikokennzahlen führt. Zudem wurde mit Blick auf die Zinserwartung das Volumen der Wertpapiere in der Liquiditätsreserve aufgestockt, um über höhere Zinsänderungsrisiken Ertragschancen zu nutzen.

Im zweiten Halbjahr wirkte das lebhafte Kreditgeschäft erhöhend auf die Zinsänderungsrisiken. Dieser Entwicklung wurde durch zinsrisikoreduzierende Maßnahmen begegnet, um die definierten Limite einzuhalten.

Seit Ende Mai bis zum Jahresende 2012 war die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten überschritten. Die Überschreitung wurde der Aufsicht entsprechend angezeigt.

Liquiditätsrisiken

Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer

Mio. Euro	2012	2011
Mittelwert	1,96	1,77
Minimum	1,55	1,56
Maximum	2,20	2,15

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 96 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2012 betrug die Kennziffer 1,55.

Der Anstieg der Liquiditätskennziffer im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das Resultat aus einer erhöhten Liquiditätsvorsorge als Reaktion auf die nach wie vor unsichere Situation an den Finanzmärkten.

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2012

Die Grafik Seite 050 rechts zeigt die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von sieben Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre bei normalem Geschäftsverlauf ("Normal Case") eine komfortable sowie in den fiktiven Szenarien "Downgrade" und "Kombiniert" eine ausreichende Liquiditätssituation der OLB. In einem wirtschaftlichen Rezessionsszenario wäre die Liquidität der OLB für zwei Jahre noch ausreichend sichergestellt. Um auch längerfristige wirtschaftliche Schwächephasen mit ausreichender Sicherheit durchleben zu können, besteht innerhalb dieses Zeitraums Handlungsbedarf, durch die Aufnahme langfristiger Mittel am Kapitalmarkt oder durch das Einwerben von Kundeneinlagen die Liquiditätsreserven der OLB aufzustocken.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementprozesses im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Nach den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz eingeführten §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, mit denen die Vorgaben einer EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wurden, haben kapitalmarktorientierte Unternehmen im Lagebericht die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die Abschlussadressaten sollen sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess machen können.

Nach der Gesetzesbegründung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes umfasst das Interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das Interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht. Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des Internen Kontrollsystems wie Letzteres auf Kontrollund Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und den Bereich der Finanzberichterstattung.

siehe Grafik Seite 050 rechts

Der Vorstand der OLB gestaltet Umfang und Ausrichtung der eingerichteten Systeme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen aus. Bei der Errichtung und Beurteilung des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess werden die Kriterien des Rahmenwerkes "Internal Control – Integrated Framework" des "Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission" (COSO) angewandt. Grundlegende Elemente des COSO-Rahmenwerkes bilden die Elemente Überwachung, Information und Kommunikation, Effektivität der Kontrollen, Umgang mit Risiko und Unternehmensphilosophie.

Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und die eingesetzten IT-Systeme der OLB zielt darauf ab, Risiken in Bezug auf die Finanzberichterstattung zu identifizieren, zu bewerten, durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen und zu überprüfen. Es umfasst Richtlinien und definierte Vorgehensweisen bezüglich der vollständigen Bereitstellung von Daten und Unterlagen, die ein sachgerechtes und angemessen genaues Bild der Geschäftsvorfälle und Vermögenslage der OLB widerspiegeln. Diese Richtlinien und Vorgehensweisen stellen ebenso sicher, dass angewandte Rechnungslegungsvorschriften erfüllt werden können. Alle Verfügungen und Ausgaben werden dem Rahmen festgelegter Genehmigungsverfahren der OLB-Unternehmensleitung unterworfen; ein eventueller Missbrauch mit materiellen Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage kann mit angemessener Sicherheit ausgeschlossen werden.

Wesentliche Elemente der Richtlinien und Vorgehensweisen sind dabei die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips für wesentliche Kontrollen, Funktionstrennung in der Aufbauorganisation und Transparenz.

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Zentralabteilung Finanzen/Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Allianz Bank Controlling sowie die beiden Zentralabteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung, Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Allianz Bank Controlling den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Zentralabteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Zentralabteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.





Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Einhaltung der Richtlinien und definierten Vorgehensweisen wird durch interne Prüfungen der Revision und der Organisationsabteilung sowie durch externe Prüfungen regelmäßig einer Kontrolle unterzogen. Dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates wird hierüber Bericht erstattet. Die Vorstandszuständigkeit für die Zentralabteilungen Finanzen/Controlling, Risikocontrolling und Revision sind getrennt voneinander geregelt.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit dem Verkauf der Dresdner Bank im Jahr 2009 wurde die Allianz Bank als Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) gegründet. Ziel war es, das bis dahin über die Allianz Agenturen vermittelte Bankgeschäft zu übernehmen und auszubauen. Die Wachstumserwartungen wurden in der Breite jedoch nicht erfüllt, das Geschäft der Allianz Bank blieb auch 2012 defizitär. Da eine dauerhafte Trendwende aufgrund der anhaltenden Finanzkrise und des niedrigen Zinsniveaus nicht in Sicht ist, wurde im Januar 2013 die Entscheidung getroffen, dass die Allianz Bank ihre Tätigkeit beenden und den operativen Betrieb zum 30.06.2013 einstellen wird. Die finanziellen Auswirkungen dieser Entscheidung werden im Prognosebericht beschrieben.

Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Oldenburgische Landesbank AG in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31.12.2012). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 4 Kreditwesengesetz, KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive(GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change-of-Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change-of-Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die Barzahlung je RSU muss mindestens dem in einem vorangehenden Übernahmeangebot gebotenen Preis entsprechen. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Zwischen der Allianz Deutschland AG und der Oldenburgische Landesbank AG besteht eine Vereinbarung, die vorsieht, dass die Allianz Deutschland AG Verluste vor Steuern, die bei der Oldenburgische Landesbank AG im Segment "Allianz Bank" entstehen, bis zum Ablauf des am 31.12.2014 endenden Geschäftsjahres übernimmt. Sofern die Oldenburgische Landesbank AG aus dem Allianz-Konzern als Konzerngesellschaft ausscheidet, stellt dies einen wichtigen Grund für die außerordentliche Kündigung der Verlustübernahmevereinbarung dar. Im Falle der Beendigung der Verlustübernahmevereinbarung entscheidet die Oldenburgische Landesbank AG, ob sie das Segment Allianz Bank ohne Verlustausgleich fortführt oder aufgibt. Im Falle der Aufgabe übernimmt die Allianz Deutschland AG die hierdurch entstehenden Kosten.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Prognosebericht

Unsere Erwartung, mit dem Geschäftsmodell für die Allianz Bank im hart umkämpften Privatkundengeschäft profitabel wachsen zu können, hat sich nicht erfüllt. Eine dauerhafte Trendwende ist aufgrund des anhaltend schwierigen Marktumfelds nicht in Sicht. Es wurde daher im Januar 2013 die Entscheidung getroffen, dass die Allianz Bank ihre Tätigkeit beenden und den operativen Betrieb zum 30.06.2013 einstellen wird. Das Geschäft der OLB Regionalbank ist davon nicht berührt, die OLB wird ihr erfolgreiches Kundengeschäft im Nordwesten weiter fortsetzen.

Allianz Bank

Die Lage des Segments Allianz Bank wird im kommenden Jahr durch die Umsetzung der Entscheidung zur Beendigung der Geschäftstätigkeit bestimmt. Das Geschäft mit Konten, Karten, Krediten und Einlagen wird eingestellt, die 45 Bankfilialen in Allianz Agenturen werden geschlossen. Insgesamt fallen damit bundesweit rund 450 Arbeitsplätze weg.

Bis zur Einstellung des operativen Geschäftsbetriebes am 30.06.2013 werden die Zins- und Provisionserträge aufgrund der erwarteten Neuorientierung der bisherigen Kunden bereits deutlich abnehmen. In der zweiten Jahreshälfte werden geringere Erträge aus fortgeführten Geschäftsbeziehungen zu Mitarbeitern und Vertretern der Allianz Gruppe sowie der Abwicklung von Kundengeschäft mit fest vereinbarter Laufzeit anfallen. Neben den Kosten für den laufenden Betrieb wird die Schließung der Allianz Bank erhebliche Einmalaufwendungen nach sich ziehen. Dadurch wird die Allianz Bank im Jahr 2013 einen deutlich erhöhten Verlust aufweisen, der auf Basis der zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG getroffenen Vereinbarung durch die Allianz Deutschland AG ausgeglichen wird. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014.

OLB Regionalbank

Die Oldenburgische Landesbank AG wird als Regionalbank ihr Geschäft im Nordwesten Deutschlands unverändert fortsetzen.

Mit Blick auf das konjunkturelle Umfeld in der Region erwarten wir – dem Bundestrend folgend – eine Abschwächung des Wachstums im Jahr 2013. Die Abkühlung der regionalen Konjunktur zum Jahresende 2012 wirkt vor allem aufgrund der nachlassenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen nach. Der stabile Arbeitsmarkt und die günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Binnenkonjunktur jedoch auch 2013 stärken und in Verbindung mit sich aufhellenden Exportaussichten zu einer anziehenden Konjunktur im Jahresverlauf 2013 führen. Damit liegen gute Rahmenbedingungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung unserer Kunden vor, was sich sowohl auf die Risikovorsorge als auch auf die Kreditnachfrage positiv auswirken sollte.

Zusätzlich unterstützt wird das Kreditgeschäft mit unseren Kunden durch das aktuell niedrige Zinsniveau. Die Entwicklung der Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt wird seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise im Euroraum stark durch politische Ereignisse und das Verhalten der Europäischen Zentralbank gegenüber den Krisenländern beeinflusst. Eine Veränderung des Zinsniveaus wirkt sich auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank kurzfristig bei der Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und mittelfristig auf die Verzinsung unserer Aktiva und Passiva aus. Insbesondere ein weiteres dauerhaftes Absinken des Zinsniveaus würde die Ertragskraft der Bank signifikant negativ beeinflussen. Auch wenn sich in den letzten Monaten scheinbar eine Beruhigung eingestellt hat und eine Zuspitzung der Krisensituation vermieden werden konnte, ist eine Prognose der Zinsentwicklung in den kommenden Jahren und der resultierenden Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank mit hohen Unsicherheiten behaftet.

Eine Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euroraum könnte auch zu einer drastischen Verschlechterung der Liquidität an den Geld- und Kapitalmärkten führen, was die Möglichkeiten zur Finanzierung einschränkt oder nur zu hohen Zinsaufschlägen erlaubt. Mit unserem starken Einlagengeschäft verfügen wir über eine stabile Refinanzierungsbasis. Darüber hinaus hat die OLB im Rahmen ihrer Liquiditätsreserve nur in Wertpapiere erstklassiger Bonität investiert. Wir tragen den bestehenden Unsicherheiten durch eine vorsichtige Ausrichtung und Einhaltung ausreichend bemessener Sicherheitspuffer Rechnung. Vorübergehende Liquiditätsengpässe im Geld- und Kapitalmarkt wirken sich somit nicht unmittelbar belastend auf unsere Vermögens- und Ertragslage aus. Insgesamt rechnen wir mit keinen signifikanten Ergebnisbelastungen aus der Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten.

Trotz der jüngsten Verschiebung der Umsetzung der Basel III-Regelungen in europäisches Recht beeinflussen die geplanten Vorschriften und Verschärfungen in der Bankenaufsicht die Rahmenbedingungen für das Geschäft der Banken bereits deutlich. Für die Einführung und laufende Umsetzung der neuen Regeln fallen erhebliche Kosten an. Darüber hinaus begrenzen erhöhte Anforderungen an Liquidität und Eigenkapitalunterlegung Ertragspotenziale der Banken.

Der Wettbewerb mit anderen in der Region vertretenen Instituten, aber auch insbesondere im Privatkundengeschäft mit Direktbanken, bleibt auch in den kommenden Jahren intensiv. Der Druck auf Margen und Preise bleibt damit unverändert hoch.

Mit über 450.000 Kunden ist die OLB die führende private Regionalbank im Nordwesten. Wir konnten unseren Kundenstamm 2012 weiter ausbauen und 3.400 Kunden netto dazugewinnen. Wir wollen auch in den kommenden Jahren mit unseren Leistungen neue Kunden von uns überzeugen und so unseren Marktanteil im Geschäftsgebiet stetig ausbauen.

Vor dem Hintergrund des stabilen wirtschaftlichen Ausblicks für die Region und der niedrigen Kundenzinsen rechnen wir mit einer anhaltend lebhaften Kreditnachfrage. Die OLB Regionalbank konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr eine deutliche Steigerung des Kreditvolumens verzeichnen. Die verbesserte Aufstellung in Betreuung und Beratung und Fortschritte in der Abwicklung der Kreditprozesse werden das Kreditgeschäft weiter stärken. Wir planen, fällige Tilgungen in den kommenden Jahren durch Kreditneugeschäft mehr als ausgleichen zu können und auch in den kommenden Jahren ein stabiles Wachstum zu erreichen.

Seit der Staatsschuldenkrise im Euroraum ist das Sicherheitsbedürfnis bei der Geldanlage insbesondere bei Privatkunden deutlich gestiegen. Daraus resultiert besonders eine deutliche Zurückhaltung im Wertpapiergeschäft. Stattdessen vertrauen die Kunden mit ihren Einlagen der OLB. Wir erwarten, dass die OLB Regionalbank in den kommenden Jahren das Volumen der uns anvertrauten Kundengelder weiter steigern kann. Wir sehen hier insbesondere in der Neukundengewinnung im Bereich Private Banking gute Marktchancen. Für unser Wertpapiergeschäft erwarten wir, dass unsere Kunden – auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus – wieder allmählich an die Kapitalmärkte zurückkehren. Ein leichtes Wachstum des damit verbundenen Provisionsgeschäfts scheint damit möglich.

Unter Berücksichtigung der beschriebenen Rahmenbedingungen für das geschäftliche Umfeld erwarten wir für die beiden kommenden Jahre eine stabile bis leicht positive Entwicklung des Zins- und Provisionsüberschusses gegenüber 2012.

Tariferhöhungen und die allgemeinen Kostensteigerungen werden auch in den kommenden Jahren Effizienzsteigerungen in unserer Ablauforganisation notwendig machen, um ein nachhaltig tragfähiges Verhältnis von Aufwand und Ertrag zu gewährleisten. Ansatzpunkte für Verbesserungen in den Geschäftsprozessen bietet insbesondere die Standardisierung von Abläufen im Kreditbereich und der Geschäftsabwicklung. Die Auswirkung der Restrukturierung der Allianz Bank ist auf wenige zentrale Funktionen beschränkt und führt in der OLB Regionalbank dazu, dass bisher bestehende Kostendegressionseffekte entfallen.

Aufgrund der erwarteten stabilen konjunkturellen Rahmenbedingungen in der Region erwarten wir in der Breite unseres Kreditportfolios weiterhin eine unauffällige Entwicklung der Risikovorsorge. Im Bereich Schifffahrt ist wegen der strukturellen Probleme auch in den kommenden Jahren mit einer anhaltend schwierigen Situation zu rechnen. Die Marktauswirkungen des angekündigten Rückzugs führender Schiffsfinanzierer bleiben abzuwarten. Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen sind mit Blick auf die langen Laufzeiten der Schiffe naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen. Der Unsicherheit einer später als erwarteten Erholung der Charterraten haben wir in der Planung der Risikovorsorge Rechnung getragen.

Insgesamt prognostizieren wir für die OLB Regionalbank im Rahmen der beschriebenen Erwartungen an das wirtschaftliche Umfeld und des Ausbleibens einer Zuspitzung der Branchensituation im Bereich Schifffahrt stabile operative Ergebnisse in den kommenden beiden Jahren. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wurden Marktchancen genutzt und ein hohes Finanzanlageergebnis erzielt. Im Rahmen unserer Planung rechnen wir nicht mit einer Wiederholung dieses Einmaleffekts.

Nach Einstellung des Betriebs der Allianz Bank wird die wirtschaftliche Lage der OLB AG in den kommenden zwei Jahren im Wesentlichen durch die OLB Regionalbank bestimmt. Da die Allianz Deutschland AG den Verlust der Allianz Bank ausgleicht, ergibt sich aus diesem Geschäftsbereich keine Auswirkung auf das Ergebnis vor Steuern. Für das Ergebnis der OLB AG insgesamt gilt damit die für die OLB Regionalbank getroffene Einschätzung.

Die OLB AG verfügt über eine solide Kapitalquote von 8,3 %. Um weiteres Wachstum im Kundengeschäft zu ermöglichen, planen wir, auch in Zukunft signifikante Teile unseres Jahresüberschusses zur Stärkung des Eigenkapitals zu verwenden. Darüber hinaus werden wir unsere Eigenmittel wie bisher durch Nachrangmittel ergänzen.

Oldenburg, 12. März 2013 Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Oldenburg, 12. März 2013 Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger Jö

nling \ Karin Kater

Abschlu

Abschluss

HGB-Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva Euro	2012	201
	01 170 011 04	127 222 040 0
1. Barreserve a) Kassenbestand	81.178.911,86 81.038.235,45	136.737.848,9
.,		68.864.365,2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	140.676,41	67.873.483,7
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 141 Tsd. Euro (Vj.: 67.873 Tsd. Euro)		
c) Guthaben bei Postgiroämtern		
 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind 		
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		
b) Wechsel		
S. Forderungen an Kreditinstitute	418.761.384,61	921.396.497,5
a) täglich fällig	108.305.811,74	217.696.003,8
b) andere Forderungen	310.455.572,87	703.700.493,7
Forderungen an Kunden	10.170.889.171,02	9.673.844.731,1
a) darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 4.878.735 Tsd. Euro (Vj.: 4.849.957 Tsd. Euro)	10:17 0:007:17 1,02	7.07 5.011.7 51,1
darunter: Kommunalkredite 110.277 Tsd. Euro (Vj.: 115.718 Tsd. Euro)	2 120 021 002 24	2 107 2/4 200 0
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.130.931.002,34	2.107.364.288,8
a) Geldmarktpapiere	15.008.835,83	
aa) von öffentlichen Emittenten		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
ab) von anderen Emittenten	15.008.835,83	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 15.009 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	3.115.922.166,51	2.107.364.288,8
ba) von öffentlichen Emittenten	1.104.530.476,89	596.962.133,5
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.104.530 Tsd. Euro (Vj.: 596.962 Tsd. Euro)	1.101.330.170,07	
bb) yon anderen Emittenten	2.011.391.689,62	1.510.402.155,3
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 2.011.392 Tsd. Euro (Vj.: 1.510.402 Tsd. Euro)	2.011.391.009,02	1.310.402.133,3
,		
c) eigene Schuldverschreibungen		
Nennbetrag 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	179.114.967,33	178.287.287,7
6a. Handelsbestand	226.947.726,87	284.445.826,1
7. Beteiligungen	880.424,44	880.424,9
darunter: an Kreditinstituten 379 Tsd. Euro (Vj.: 379 Tsd. Euro)		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.844.249,72	14.870.249,7
darunter: an Kreditinstituten 14.792 Tsd. Euro (Vj.: 14.792 Tsd. Euro)		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		_
9. Treuhandvermögen	10.873.411,48	14.540.439,0
darunter: Treuhandkredite 10.873 Tsd. Euro (Vj.: 14.540 Tsd. Euro)		
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		
11. Immaterielle Anlagewerte	9.826.232,14	9.966.564,0
	7.020.232,14	7.700.304,0
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte wie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.826.232,14	9.966.564,0
c) Geschäfts- oder Firmenwert		
d) geleistete Anzahlungen		
12. Sachanlagen	90.502.454,19	76.020.443,2
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	_	_
14. Sonstige Vermögensgegenstände	52.529.875,07	56.130.566,2
darunter: an verbundenen Unternehmen 38.158 Tsd. Euro (Vj.: 32.835 Tsd. Euro)		
***	17 802 020 50	25 971 202 4
15. Rechnungsabgrenzungsposten	17.802.020,59	25.871.393,5
16. Aktive latente Steuern		
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		
Summe der Aktiva	14.405.081.831,66	13.500.356.561,3

Passiva Euro	2012	2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.123.588.621,70	3.511.393.891,30
a) täglich fällig	264.980.246,59	148.659.929,74
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.858.608.375,11	3.362.733.961,56
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.084.252.754,22	7.405.697.456,92
a) Spareinlagen	2.124.875.246,27	2.044.012.366,22
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.855.320.340,97	1.325.411.340,56
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	269.554.905,30	718.601.025,66
b) andere Verbindlichkeiten	5.959.377.507,95	5.361.685.090,70
ba) täglich fällig	4.130.795.644,10	3.589.241.680,11
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.828.581.863,85	1.772.443.410,59
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	1.045.504.616,28	1.454.857.212,34
a) begebene Schuldverschreibungen	1.045.504.616,28	1.454.857.212,34
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		
darunter: Geldmarktpapiere 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
3a. Handelsbestand	1.383.235,52	5.228.354,83
4. Treuhandverbindlichkeiten	10.873.411,48	14.540.439,07
darunter: Treuhandkredite 10.873 Tsd. Euro (Vj.: 14.540 Tsd. Euro)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	12.721.228,18	13.256.051,32
6. Rechnungsabgrenzungsposten	58.633.806,73	49.241.439,00
6a. Passive latente Steuern		
7. Rückstellungen	182.051.860,08	203.184.108,38
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	111.872.852,73	120.266.499,60
b) Steuerrückstellungen	7.138.473,94	11.431.622,83
c) andere Rückstellungen	63.040.533,41	71.485.985,95
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	283.247.612,91	283.230.269,46
9. Genussrechtskapital	_	
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig 0 Tsd. Euro (Vj.: 0 Tsd. Euro)		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.925.784,03	12.890.512,98
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB 143 Tsd. Euro (Vj.: 108 Tsd. Euro)		
11. Eigenkapital	589.898.900,53	546.836.825,72
a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	60.468.571,80	60.468.571,80
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		
b) Kapitalrücklage	208.306.686,77	208.306.686,77
c) Gewinnrücklagen	278.061.567,15	276.510.462,64
ca) gesetzliche Rücklage	171.066,50	171.066,50
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	_	_
cc) satzungsmäßige Rücklagen		
cd) andere Gewinnrücklagen	277.890.500,65	276.339.396,14
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust	43.062.074,81	1.551.104,51
Summe der Passiva	14.405.081.831,66	13.500.356.561,32

1. Eventualverbindlichkeiten	313.710.634,14	330.789.449,80
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		_
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	313.710.634,14	330.789.449,80
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	_	_
2. Andere Verpflichtungen	585.670.885,17	489.494.000,00
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	_	_
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	_	_
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	585.670.885,17	489.494.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1.-31.12.2012

Aufwendungen Euro	2012	2011
1. Zinsaufwendungen	316.297.912,57	324.703.922,33
2. Provisionsaufwendungen	46.589.854,33	48.242.004,98
3. Nettoaufwand des Handelsbestandes	_	2.942.340,10
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	258.375.630,16	280.093.663,71
a) Personalaufwand	160.566.618,20	169.566.700,60
aa) Löhne und Gehälter	132.629.160,77	136.206.081,15
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	27.937.457,43	33.360.619,45
darunter: für Altersversorgung 4.673 Tsd. Euro (Vj.: 9.618 Tsd. Euro)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	97.809.011,96	110.526.963,11
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	20.608.401,43	15.013.409,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.296.668,64	12.292.522,43
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	19.943.427,61	82.725.543,31
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	_	_
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	14.120,34	7.830,99
10. Außerordentliche Aufwendungen	2.609.730,36	8.524.245,22
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.063.109,98	171.493,14
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen	614.442,92	639.817,90
13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		_
14. Jahresüberschuss	43.062.074,81	1.551.104,51
Summe der Aufwendungen	741.475.373,15	776.907.898,45

Gewinn- und Verlustrechnung Erträge

Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für den Zeitraum vom 1.1. – 31.12.2012

Erträge Euro	2012	2011
1. Zinserträge aus	547.212.520,92	563.744.864,97
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	483.348.696,61	501.736.929,46
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	63.863.824,31	62.007.935,51
2. Laufende Erträge aus	4.043.676,05	6.239.681,66
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.893.196,27	5.219.746,31
b) Beteiligungen	150.479,78	138.998,51
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	_	880.936,84
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	213.364,26	472.642,23
4. Provisionserträge	134.967.060,20	128.071.292,82
5. Nettoertrag des Handelsbestandes	317.442,69	
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		
7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	3.422.427,25	_
8. Sonstige betriebliche Erträge	51.154.824,95	78.379.416,77
10. Außerordentliche Erträge	144.056,83	_
11. Erträge aus Verlustübernahme	_	_
12. Jahresfehlbetrag	_	_
Summe der Erträge	741.475.373,15	776.907.898,45

1.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	43.062.074,81	1.551.104,51
_	Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr		
3.	Entnahmen aus der Kapitalrücklage	_	_
4.	Entnahmen aus Gewinnrücklagen	_	_
	a) aus der gesetzlichen Rücklage	_	
	b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	_	
	c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	_	
	d) aus anderen Gewinnrücklagen		
5.	Entnahmen aus Genussrechtskapital		
6.	Einstellungen in Gewinnrücklagen		
	a) in die gesetzliche Rücklage		
	b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	_	_
	c) in satzungsmäßige Rücklagen		_
	d) in andere Gewinnrücklagen		
7.	Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		
8.	Bilanzgewinn / Bilanzverlust	43.062.074,81	1.551.104,51

Anhang

Anhai

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Vorschriften zur Rechnungslegung Die Bank hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Barreserven sind zu Nennwerten bilanziert, Sortenbestände unter Berücksichtigung der zum Jahresende gültigen Kurse (Schlusskurse) bewertet.

Forderungen sind grundsätzlich zum Nennwert angesetzt, gegebenenfalls unter Absetzung darauf entfallender Wertberichtigungen. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst. Unverzinsliche Forderungen sind zum Barwert angesetzt.

Der Gesamtbestand an Risikovorsorge setzt sich zusammen aus der aktivisch abgesetzten Risikovorsorge für Forderungen und der passivisch unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten. Bonitätsrisiken im Kreditgeschäft sind durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen gedeckt. Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgte wie im Vorjahr in der Weise, wie sie auch nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) gebildet wird. Dabei wird unterschieden in das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risiko sowie die jeweils dazugehörenden Vorsorgearten PLLP (portfolio loan loss provision), SLLP (specific loan loss provision) und die Pauschalwertberichtigungen GLLP (general loan loss provision). Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340g HGB. Für Kredite, für die eine SLLP besteht, werden keine Zinsabgrenzungen berücksichtigt.

In der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir von dem Wahlrecht nach § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und in die Position "Risikovorsorge" den Saldo aus Aufwendungen und Erträgen eingestellt.

Der überwiegende Teil der im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere wird im Liquiditätsbestand geführt. Dieser Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren Börsenkursen oder beizulegenden Werten unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes angesetzt.

Im Jahr 2012 wurde bei den Wertpapieren eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und Anlagevermögen vorgenommen, da sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat. Eine entsprechende Dokumentation hat stattgefunden.

Im Anlagebestand befanden sich zum Bilanzstichtag börsenfähige Wertpapiere in Höhe von 653,7 Mio. Euro. Diese Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind. Es gibt zum Bilanzstichtag keine Wertpapiere, die unter ihren Anschaffungskursen bewertet werden. Wertpapiere im Anlagebestand mit einem Nominalvolumen und Buchwert von 25,0 Mio. Euro wiesen stille Lasten in Höhe von 21 Tsd. Euro aus.

Es sind Prozesse installiert, die sicherstellen, dass dauerhafte bonitätsinduzierte Wertminderungen von temporären zinsinduzierten Kursänderungen unterschieden werden können.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente (Festverzinsliche Wertpapiere, Investmentfonds, Termingeschäfte, Optionen) erfolgt unter Anwendung der Bewertungsvorschriften des § 340e HGB. Die Überprüfung, ob aus den schwebenden Zinsansprüchen und Zinsverpflichtungen des gesamten Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss resultiert, dem durch die Bildung einer Rückstellung gemäß § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB Rechnung zu tragen ist, erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Bankenfachausschusses IDW RS BFA 3 vom 30. August 2012 unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise. Der Barwert des Bankbuchs wurde dabei nach Abzug anteiliger Risikound Verwaltungskosten mit den Buchwerten verglichen. Auf Basis dieser Berechnung ist die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich.

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes nicht derivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands wird der jeweilige Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages herangezogen. In Fällen geringer oder fehlender Börsenumsätze werden Preismodelle des Marktinformationsanbieters Bloomberg zur Bewertung herangezogen.

Die zurückgekauften eigenen Schuldverschreibungen werden mit Kursen bewertet, die aus einem internen Modell stammen. Grundlagen für dieses Modell sind Opportunitätszinssätze und Swapsätze. Diese Kurse werden jährlich der Deutschen Wertpapierzentrale (DWZ) mitgeteilt. Die eigenen Anleihen sind nicht börsennotiert.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands werden, soweit sie an einem aktiven Markt gehandelt werden, mit diesem Börsen- oder Marktkurs des Bilanzstichtages bewertet. Liegt kein Börsen- oder Marktkurs vor, so werden vorrangig rein auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle angewandt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Wertaufholungen werden maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten vorgenommen, soweit die Gründe für eine Abschreibung nicht mehr bestehen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und der immateriellen Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 Euro Anschaffungskosten werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 Euro betragen, aber 1 Tsd. Euro nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre linear abgeschrieben. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Werden diese mit einem Disagio aufgenommen, ist der zeitanteilige Abschlag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

Rückstellungen werden nach Maßgabe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und bei einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Der aus der Erstanwendung von BilMoG resultierende Umstellungsaufwand wird auf bis zu 15 Jahre verteilt. Im Geschäftsjahr 2012 wird im Wesentlichen ein Fünfzehntel dieses Betrages als außerordentlicher Aufwand erfasst. Die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen, Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen werden ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in voller Höhe passiviert.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bilanzieren wir zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen.

Währungsumrechnung Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß \S 340h HGB i. V. m. \S 256a HGB sowie unter Berücksichtigung der Stellungnahme IDW RS BFA 4 des Bankenfachausschusses (BFA) des IDW. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Kassa-Geschäfte werden zum EZB-Referenzkurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte unterliegen je Währung der besonderen Deckung. Durch prozessuale Vorkehrungen wird sichergestellt, dass offene Währungspositionen täglich geschlossen werden. Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gem. § 340h HGB erfolgswirksam vereinnahmt. Sich nicht ausgleichende Betragsspitzen aus offenen Währungspositionen werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln abgebildet.

Der Ausweis entsprechender Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung erfolgt unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

II. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. Euro	2012	2011
Forderungen an Kreditinstitute	419	921
b) andere Forderungen	310	703
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	302	695
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr		_
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	6	7
– mehr als fünf Jahren	2	1
Forderungen an Kunden	10.171	9.674
mit unbestimmter Laufzeit	858	1.015
mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	475	600
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	643	595
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	2.532	2.364
– mehr als fünf Jahren	5.663	5.100
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.131	2.107
davon im Geschäftsjahr 2013 (2012) fällig	338	368
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.124	3.511
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.859	3.362
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	475	399
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	532	202
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	1.291	1.229
– mehr als fünf Jahren	1.561	1.532
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.084	7.406
a) Spareinlagen	2.125	2.044
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	270	719
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	8	13
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	238	540
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	24	166
– mehr als fünf Jahren		
b) andere Verbindlichkeiten	5.959	5.362
bb) mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.829	1.772
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten	844	562
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	367	362
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	180	373
– mehr als fünf Jahren	438	475
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.046	1.455
a) begebene Schuldverschreibungen	1.046	1.455
davon im Geschäftsjahr 2013 (2012) fällig	394	202
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		
davon mit einer Restlaufzeit von		
– bis zu drei Monaten		_
– mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr		_
– mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren		_
– mehr als fünf Jahren	_	_

Laufzeitengliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten (§ 9 RechKredV)

Aufgliederung "6a Handelsbestand Aktiv" und "3a Handelsbestand Passiv"

Mio. Euro	2012
6a Handelsbestand Aktiv	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	
Eigene Schuldverschreibungen	226,7
Positive Marktwerte aus Derivaten	1,1
Risikoabschlag	-0,9
Gesamt	226,9
3a Handelsbestand Passiv	
Negative Marktwerte aus Derivaten	1,4

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit künftiger Zahlungsströme aus Derivaten und somit auch ihre beizulegenden Zeitwerte sind mit Unsicherheiten behaftet. Die wesentlichen Bedingungen, die hierauf Einfluss haben, sind:

- die zukünftige Entwicklung von Zinssätzen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen, Bonitätsindizes und anderen Marktpreisen,
- die zukünftige Schwankungsbreite (Volatilität) dieser Preise,
- das Ausfallrisiko der jeweiligen Gegenpartei.

Der verwendete Risikoabschlag setzt sich zusammen aus dem im Risikobericht genannten Anrechnungsbetrag für die Marktpreisrisiken des Handelsbuches gemäß Solvabilitätsverordnung ("Value-at-Risk-Abschlag"), der von einem Konfidenzniveau von 99 % bei 10 Tagen Haltedauer und einer Beobachtungsdauer von 250 Handelstagen (gleichgewichtet) ausgeht. Per 31.12.2012 betrug der Gesamtbetrag des Risikoabschlags 0,9 Mio. Euro. Der Value-at-Risk-Abschlag berücksichtigt auch den Handelsbestand Passiv.

Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6c RechKredV sind geänderte institutsinterne Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand im Geschäftsjahr anzugeben. Institutsinterne Änderungen lagen nicht vor.

Forderungen und Verbindlichkeiten an beziehungsweise gegenüber verbundenen Unternehmen

	_	
Mio. Euro	2012	2011
Forderungen:		
Forderungen an Kreditinstitute ¹	10	8
Forderungen an Kunden		22
Treuhandvermögen		1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	178	176
Sonstige Vermögensgegenstände	38	33
Gesamt	226	240
Verbindlichkeiten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	99	101
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	63	47
Treuhandverbindlichkeiten		1
Rückstellungen Sonstige Verbindlichkeiten	10	16
Gesamt	172	165

¹ Davon 2,2 Mio. Euro Nachrangige Forderungen

Es bestanden Avalkredite gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,7 Mio. Euro.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro), Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betrugen 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Mio. Euro	2012	2011
Treuhandvermögen:		
Forderungen an Kunden	11	15
Gesamt	11	15
Treuhandverbindlichkeiten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	4
Gesamt	11	15

Treuhandgeschäfte

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden:

Mio. Euro	2012	2011
Vermögensgegenstände	112	104
Schulden	118	45

Fremdwährungsvolumina

In den nachfolgenden Bilanzposten enthaltene börsenfähige Wertpapiere:

			2012
Mio. Euro	Gesamt	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.131	3.131	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	179		179
Beteiligungen	1	1	
Anteile an verbundenen Unternehmen	15		15

Wertpapiere und Finanzanlagen

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind Papiere im Wert von 338,3 Mio. Euro enthalten, die im Geschäftsjahr 2013 fällig werden. Die Bewertung erfolgt für die Positionen der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Wertpapiere des Anlagebestandes wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Durch die Umgliederung von nom. 200 Mio. Euro in den Anlagebestand in den Vorjahren wurden Abschreibungen in Höhe von 21 Tsd. Euro vermieden.

Die Anteile an inländischem Investmentvermögen bestehen gemäß deren Anlagezielen in einem Rentenspezialfonds überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren erstklassiger Bonität (AllianzGI-Fonds WE). Darüber hinaus besteht ein Spezialfonds mit einem Aktienschwerpunkt (AllianzGI-Fonds Ammerland), um gemäß Anlageziel Renditechancen zu nutzen und das Risikoprofil zu optimieren.

Anteile an inländischem Investmentvermögen i. S. d. § 1 InvG

Mio. Euro	Bilanzwert 31.12.2012	Marktwert 31.12.2012	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttung 2012
AllianzGI-Fonds WE AllianzGI-Fonds Ammerland	97,9	97,9		3,8

Die Ausschüttung erfolgte aus Erträgen. Eine tägliche Rückgabe der Anteile ist möglich. Es gab keine unterlassenen Abschreibungen.

Entwicklung des Anlagevermögens

					Abschrei	Abschreibungen		chwert
Mio. Euro	Anschaf- fungs-/ Herstel- lungs- kosten ³	Zugänge Ge- schäfts- jahr	Umbu- chungen Ge- schäfts- jahr	Abgänge Ge- schäfts- jahr	Gesamt	Geschäfts- jahr	2012	2011
Wertpapiere des Anlagevermögens	425,5	228,2	_	_	_	_	653,7	425,5
Beteiligungen	0,9	_	_			_	0,9	0,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	14,9						14,9	14,9
Sachanlagen								
Grundstücke und Gebäude ¹	144,2	20,8			86,3	3,2	57,9	40,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung ²	127,3	8,3		9,8	93,2	11,3	32,6	35,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	28,1	5,9	_	0,8	23,4	6,1	9,8	10,0

- 1 Die Grundstücke und Gebäude werden zu 99 % (dies entspricht einem korrespondierenden Betrag von 57,7 Mio. Euro) im Rahmen unserer eigenen Tätigkeit genutzt.
- 2 Die Abschreibungen des Geschäftsjahres enthalten Abschreibungen auf Leasinggegenstände in Höhe von 82,3 Tsd. Euro.
- 3 Von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betreffen 39,8 Mio. Euro die mit Wirkung zum 1.1.2012 verschmolzene Grundstücks-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt. Durch zinsinduzierte Bewertung resultierte zum 31. Dezember 2012 ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 653,7 Mio. Euro. Aufgrund der voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung dieser Papiere wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse Die OLB hat einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Der Nettobuchwert der angeschafften Geräte betrug am 31. Dezember 2012 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Die Fälligkeit der Vereinbarungen mit Mindestleasingraten in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) liegt zwischen drei und fünf Jahren. Der Barwert dieser Mindestleasingraten wurde auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt und beträgt 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Es sind keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden.

Sonstige Vermögensgegenstände In den sonstigen Vermögensgegenständen sind neben den Forderungen an die Allianz Deutschland AG wegen der zu erstattenden Aufwendungen für den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Vorjahr 8,4 Mio. Euro) außerdem Forderungen aus der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr in Höhe von 12,7 Mio. Euro (Vorjahr: 6,8 Mio. Euro) enthalten. Im Jahr 2012 bestanden Provisionsforderungen gegenüber der Allianz Bank in Höhe von 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro), sowie Steuererstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 9,2 Mio. Euro (Vorjahr: 19,9 Mio. Euro). Ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines "Contractual Trust Agreement" (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen wurde in Höhe von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) ausgewiesen und in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert. Darüber hinaus sind diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Disagiobeträge aus Verbindlichkeiten in Höhe von 16,0 Mio. Euro gemäß § 250 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 268 Abs. 6 HGB enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere der Bank von nominal 600,0 Mio. Euro bei der XEMAC verpfändet. Zum Jahresultimo wurde von den Refinanzierungsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht. Für die Besicherung des Eurex-Eigenhandels wurden Wertpapiere im Nennwert von 75 Mio. Euro bei Cortal Consors hinterlegt.

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Am Bilanzstichtag gab es Rücknahmeverpflichtungen in Höhe von 765,5 Mio. Euro für in Pension gegebene Vermögenswerte aus dem Repo-Geschäft.

Die Oldenburgische Landesbank AG hat Pensionszusagen erteilt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden. Der Erfüllungsbetrag wird auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt beziehungsweise als Barwert der erworbenen Anwartschaft ausgewiesen.

Pensionsrückstellungen

%	2012
Diskontierungszinssatz	5,06
Rententrend	1,90
Gehaltstrend (inkl. durchschnittlichem Karrieretrend)	3,25

Abweichend hiervon wird bei einem Teil der Pensionszusagen der Garantiezins der Pensionszusage von 2,75 % pro Jahr und die garantierte Rentendynamik von 1 % pro Jahr zugrunde gelegt.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT2005G verwendet, die bezüglich der Sterblichkeit, Invalidisierung und Fluktuation an die unternehmensspezifischen Verhältnisse angepasst wurden.

Als Pensionierungsalter wird die vertraglich vorgesehene beziehungsweise die sich nach dem RV-Altergrenzenanpassungsgesetz 2007 ergebende Altersgrenze angesetzt.

Ein Teil der Pensionszusagen ist im Rahmen eines "Contractual Trust Arrangements" (Methusalem Trust e.V.) abgesichert.

Mio. Euro	2012
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	17,9
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	18,0
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	160,6
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	30,8

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für Risiken aus noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen und für Steuerzahlungen aufgrund ausstehender Bescheide.

Steuerrückstellungen

Die anderen Rückstellungen von 63,0 Mio. Euro beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für das Kreditgeschäft, für die Bonifizierung von Spareinlagen, für Abschlussvergütungen und für Altersteilzeit, für Dienstleistungen Dritter, für Jubiläumsverpflichtungen, für Prozessrisiken sowie die Rückstellung für Restrukturierung.

Andere Rückstellungen Die Gesellschaft hat Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen, die unter den Anderen Rückstellungen ausgewiesen werden. Ein Teil dieser Verpflichtungen ist im Rahmen eines "Contractual Trust Arrangements" (Methusalem Trust e.V.) abgesichert. Das im Methusalem Trust e.V. für das Altersteilzeit-Sicherungsguthaben reservierte Vermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert bzw. der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen.

Mio. Euro	2012
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	4,3
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	4,6
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	7,1

Rückstellungsspiegel

Mio. Euro	Jahres- beginn	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Rechn. Zins	Umset- zungen	2012
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	120,3	5,3	1,0	3,6	8,4	-14,1	111,9
b) Steuerrückstellungen	11,4	6,4		2,5		-0,4	7,1
c) andere Rückstellungen	71,5	34,6	14,0	40,2	0,7	-0,7	63,1
Betrieblicher Aufwand	43,9	24,6	8,0	24,3	0,6	-0,7	35,5
Rückstellungen im Kreditgeschäft	4,1	1,4	0,9	2,1			3,9
Sonstige	23,5	8,6	5,1	13,8	0,1		23,7
Gesamt	203,2	46,3	15,0	46,3	9,1	-15,2	182,1

Sonstige Verbindlichkeiten Dieser Posten betrifft im Wesentlichen noch abzuführende Kapitalertragsteuer in Höhe von 7,2 Mio. Euro, noch abzuführende Lohnsteuer für Dezember 2012 sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Rechnungsabgrenzungsposten In den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite sind 19,9 Mio. Euro Disagiobeträge und Bearbeitungsgebühren aus Forderungen gemäß ∫ 340e Abs. 2 HGB enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten Mittelaufnahmen von mehr als 10 % des Gesamtbetrages betreffen nachfolgende Positionen:

OLB-Inhaberschuldverschreibungen

Betrag (Mio. Euro)	Nominalzinssatz (%)	Fälligkeit (Jahr)
43	4	2017

Die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen insgesamt nominal 274,5 Mio. Euro.

Für alle Mittelaufnahmen gilt:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes.

Der gesamte Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten betrug im Berichtsjahr 13,8 Mio. Euro.

Das Eigenkapital und die Reserven nach ∫ 340g HGB der Bank veränderten sich wie folgt:

Euro Gezeichnetes Kapital (Grundkapital) 60.468.571,80 Kapitalrücklage 208.306.686,77 Gewinnrücklagen a) Gesetzliche Rücklage 171.066,50 b) Rücklage für eigene Anteile c) Andere Gewinnrücklagen Stand 1. Januar 2012 276.339.396,14 Zuführung 2012 aus Bilanzgewinn 2011 1.551.104,51 278.061.567,15 Rücklagen insgesamt 486.368.253,92 Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 12.890.512,98 Zuführung nach § 340e Abs. 4 HGB 35.271,05 12.925.784,03 Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB insgesamt 559.762.609,75 Eigenkapital und Reserven nach § 340g HGB

Das gezeichnete Kapital ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber.

Die Bank rechnet dem haftenden Eigenkapital nicht realisierte Reserven auf Wertpapiere nach § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG in Höhe von 33.106.789,31 Euro zu.

Die Allianz Deutschland AG hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Oldenburgische Landesbank AG.

Die Allianz SE, München, stellt einen Konzernabschluss auf, in den der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG einbezogen ist. Der Konzernabschluss der Allianz SE wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15 Mio. Euro zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. **Genehmigtes Kapital**

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Gemäß Beschluss durch die Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Eigene Aktien

Aufgrund dieses Beschlusses dürfen Aktien nur erworben werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der im amtlichen Kursblatt der Börse Hamburg veröffentlichten Schlusspreise für die Aktien der OLB an den dem Erwerb vorausgehenden drei Börsentagen um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet.

Am 31. Dezember 2012 hatten wir keine Eigenen Aktien im Bestand.

Zum Jahresende hatten wir 14.860 Stück Eigene Aktien mit einem Nennwert von 39 Tsd. Euro, das sind 0,06% des Grundkapitals unserer Bank, in Pfand genommen.

Ausschüttungssperre

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB sind folgende Beträge ausschüttungsgesperrt:

Tsd. Euro	2012
Ausschüttungsgesperrte Beträge	
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersteilzeit zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	153,1
Ertrag aus der Bewertung des Deckungsvermögens der Altersvorsorge zum beizulegenden Zeitwert oberhalb der Anschaffungskosten	48,3
Gesamtbetrag	201,4

Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.467
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	3.468

Eventualverbindlichkeiten

Mio. Euro	2012
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	
davon bei der Deutschen Bundesbank rediskontiert	
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	314
davon Kreditbürgschaften	15
davon Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	294
davon Akkreditive	5
davon Akkreditiveröffnungen	5
davon Akkreditivbestätigungen	
Haftung aus den Bestellungen von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	_

Soweit sich aus den zugrunde liegenden Kundenverbindungen Risiken der Inanspruchnahme ergeben, wurde für diese Risiken durch Rückstellungsbildung Vorsorge getroffen. In allen Fällen lag die geschätzte Inanspruchnahmewahrscheinlichkeit unter 50 %. Die Verpflichtungen werden kreditmäßig überwacht und beordnet.

Andere Verpflichtungen

Mio. Euro	2012
Unwiderrufliche Kreditzusagen	586
Buchkredite kurzfristig	90
Buchkredite langfristig	319
Akzeptkredite	
Avalkredite	95
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	82

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich hinsichtlich der angegebenen Volumina um noch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge nehmen Posten auf, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können. Im Bereich der Aufwendungen handelt es sich per 31. Dezember 2012 insbesondere um Ergebnis belastende Effekte aus der Aufzinsung der Rückstellungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge per 31. Dezember 2012 bestehen im Wesentlichen aus Kostenerstattungen für die Verlustübernahme durch die Allianz Deutschland AG für das Segment Allianz Bank.

Des Weiteren sind in Sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen Zinseffekte aus der Änderung der Restlaufzeit und aus Änderungen des Zinssatzes in folgender Höhe enthalten:

		2012
Mio. Euro	Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Sonstige Verpflichtungen
Ertrag aus dem beizulegenden Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	-0,6	-0,2
Rechnerische Verzinsung des Erfüllungsbetrages der verrechneten Schulden	7,6	0,4
Effekt aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes für den Erfüllungsbetrag	1,4	
Netto-Betrag der verrechneten Erträge und Aufwendungen	8,4	0,2

Aus der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von −2,6 Mio. EUR.

Außerordentliches Ergebnis

Mio. Euro	2012
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen aus der Erstanwendung BilMoG	
Außerordentlicher Ertrag aus der Erstanwendung BilMoG	
Außerordentlicher Aufwand aus der Erstanwendung BilMoG	2.6

Der Steueraufwand für das Berichtsjahr beträgt 19,1 Mio. Euro. Vom gesamten Steueraufwand entfielen 10,0 Mio. Euro auf Körperschaftsteuer und 9,1 Mio. Euro auf Gewerbesteuer.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Eine Ausschüttungssperre kommt nicht zur Anwendung, da keine latenten Steuern aktiviert wurden.

Latente Steuern

In Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB wird der über den Saldierungsbereich hinausgehende Überhang aktiver Steuerlatenzen nicht bilanziert.

Die umfangreichsten Abweichungen zwischen den handels- und steuerlichen Wertansätzen ergeben sich bei den folgenden Bilanzpositionen, die zu aktiven/passiven latenten Steuern führen.

Mio. Euro	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer	Saldo
Bilanzposition			
Anteile an verbundenen Unternehmen	2,4	-6,1	-3,7
Sonstige Aktiva	1,4		1,4
Pensionsrückstellungen	6,7		6,7
Andere Rückstellungen	6,1	-0,9	5,2
Sonstige Passiva	0,1		0,1
Gesamt	16,7	-7,0	9,7

Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt mit einem Steuersatz von 31,000 %. Der Steuersatz setzt sich aus dem aktuell gültigen Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 % (inkl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,500 %) sowie dem für den Allianz Konzern anzuwendenden Gewerbesteuersatz in Höhe von 15,175 % zusammen.

III. Sonstige Angaben

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

Geschäfte mit Derivaten

	Nomina	lwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ			
Mio. Euro	2012	2011	2012	2012			
Zinsrisiken (OTC-Kontrakte)							
Caps	58	84	_	_			
Forward Rate Agreements (FRAs)	_	_	_	_			
Swaptions	_	20	_	_			
Swaps (Kundengeschäft)	228	260	9				
Swaps (Bankbuchsteuerung)	1.398	1.018	_	-152			
Zinsrisiken (Börsen-Kontrakte)							
Zinsoptionen (Long)	_	_		_			
Zinsoptionen (Short)	_			_			
Futures	_	_	_	_			
Summe Zinsrisiken	1.684	1.382	9	-161			
Währungsrisiken (OTC-Kontrakte)							
Devisenoptionen (Long)	7	7		_			
Devisenoptionen (Short)	7	7		_			
FX-Swaps und Devisentermingesch.	128	222	1	-1			
Summe Währungsrisiken	142	236	1	-1			
Aktienrisiken (Börsen-Kontrakte)							
Aktienoptionen (Long)	_	13	_	_			
Aktienoptionen (Short)		13		_			
Futures				_			
Summe Aktienrisiken	_	26	_	_			

Bei diversen Positionen handelt es sich um Werte, die unter 500 Tsd. Euro liegen.

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

	Nomina	alwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
Mio. Euro	2012	2011	2012	2012
OECD Bank	1.643	1.381	1	-162
sonstige Kontrahenten	183	263	9	
Derivate gesamt	1.826	1.644	10	-162

Derivative Geschäfte - Handelsbestand (Davon-Position)

	Nomina	llwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	
Mio. Euro	2012	2011	2012	2012	
Zinskontrakte	286	364	9	-9	
Währungskontrakte	142	236	1	-1	
Aktienkontrakte		26		_	
Derivate gesamt	428	626	10	-10	

Derivative Geschäfte – nach Restlaufzeiten (Nominalwerte in Mio. Euro)

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktienrisiken	
Restlaufzeit	2012	2011	2012	2011	2012	2011
bis zu 3 Monaten	_	131	92	163	_	24
über 3 Monate bis 1 Jahr	200	69	45	68		2
über 1 bis 5 Jahre	824	709	5	5		
über 5 Jahre	660	473				
Derivate gesamt	1.684	1.382	142	236	_	26

Durch die Einführung des BilMoG werden alle Handelsbuch-Derivate in der Bilanz abgebildet. Die Derivate des Bankbuchs werden in die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs nach IDW RS BFA 3 einbezogen.

In die Ermittlung eines möglichen Verpflichtungsüberschusses aus zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs werden Zinsswaps für die Bankbuchsteuerung mit einem Volumen von 1.398 Mio. Euro einbezogen. Der beizulegende Zeitwert dieser Zinsswaps liegt zum Stichtag bei –152,5 Mio. Euro. Zusätzlich werden Zinskontrakte, die aus dem Kundengeschäft resultieren, mit einem Volumen von 286 Mio. Euro einbezogen, die positive beizulegende Zeitwerte von 9,0 Mio. Euro sowie negative beizulegende Zeitwerte von –8,6 Mio. Euro aufweisen. Diese Zinsswaps werden nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement unserer Handelspositionen als auch im Rahmen unserer Aktiv-Passiv-Steuerung.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (u. a. Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert), die automatisch im Handelssystem PRIME ermittelt werden. Die oben stehende Tabelle weist die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der von uns abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalwerte dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	2012
Ausweis der wesentlichen Arten	
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasingverträgen	125
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	5
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	2
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2
Gesamt	134
davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	18

Die mit dem Nominalwert angesetzten Verpflichtungen enthalten Fälligkeiten bis zum Jahre 2027, hauptsächlich bedingt durch langfristige Mietverträge.

Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen

Aus einer Beteiligung bestanden Nachschussverpflichtungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz (bis zu 2,0 Mio. Euro) und Mithaftungen gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftervertrags.

Für eine weitere Beteiligung besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß (§ 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Es bestehen außerdem mittelbare sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber einer dritten Beteiligung in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der mithaftenden Gesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die Bank verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, sowie W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, anfallen.

Haftungsverhältnisse aus betrieblicher Altersversorgung und ähnlichen Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung für die Mitarbeiter der deutschen Tochtergesellschaften ist in der Regel die Mitgliedschaft in der Allianz Versorgungskasse VVaG (AVK), die als rechtlich selbstständige und regulierte Pensionskasse der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegt. Die Leistungen der AVK werden nach dem Einmalbeitragssystem über Zuwendungen der Trägergesellschaften an die Kasse durch Gehaltsumwandlung finanziert. Zu den Trägerunternehmen gehört neben der Allianz SE, der Allianz Deutschland AG, der Allianz Versicherungs-AG und der Allianz Lebensversicherungs-AG unter anderem auch die Oldenburgische Landesbank AG.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist verpflichtet, bei Bedarf Arbeitgeberzuwendungen zu leisten und anteilige Verwaltungskosten der AVK zu tragen. Die Zahlungen werden über die Allianz SE abgewickelt.

Außerdem leisten die Trägergesellschaften Zuwendungen an den Allianz Pensionsverein e.V. (APV), eine kongruent rückgedeckte Konzern-Unterstützungskasse.

Die Allianz SE hat darüber hinaus die gesamtschuldnerische Haftung für Pensionszusagen von einem Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG übernommen. Diese erstattet die Kosten; die Allianz SE hat die Erfüllung übernommen. Daher werden diese Pensionsverpflichtungen bei der Allianz SE bilanziert.

Die gesamtschuldnerische Haftung der Oldenburgische Landesbank AG aus diesen Pensionszusagen sowie die diesen Haftungsverbindlichkeiten gegenüberstehenden Rückgriffsforderungen an die Allianz SE betragen:

Mio. Euro	2012	2011
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	0,4	0,0
Gesamtschuldnerische Haftung bzw. Rückgriffsforderung gegenüber der Allianz SE	0,4	0,0

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene stellen sich wie folgt dar:

Mio. Euro	2012	2011
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	0,7	
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	0,7	
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	16,7	15,8
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB	2,9	3,4
Pensionsrückstellung/aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	13,2	12,4

Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen an ehemalige Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer bzw. deren Hinterbliebene

Als beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zugrunde gelegt.

Folgende für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erreichen einen wesentlichen Umfang im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit:

- Depotverwaltung;
- · Vermögensverwaltung;
- Vermittlung von Versicherungs- und Bauspargeschäften;
- Verwaltung von Treuhandkrediten;
- EDV-Dienstleistungen.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir 2.757 (Vorjahr: 2.833) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

	männlich	weiblich	Gesamt
Mitarbeiter Vollzeit	1.208	859	2.067
Mitarbeiter Teilzeit	33	657	690
	1.241	1.516	2.757

Am 31. Dezember 2012 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.727; daneben waren 229 Auszubildende bei der Oldenburgische Landesbank AG tätig.

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Mitarbeiter

Corporate Governance

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" wurde im Dezember 2012 abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: https://www.olb.de/dieolb/2626.php) zugänglich.

Organvergütung

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 241,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 247,0 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 14,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 15,4 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 4,74% und 8,49%. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 46,6 Tsd. Euro), für die Avalprovisionen zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 730,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 230,5 Tsd. Euro), die per 31.12 2012 mit 640,3 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51% und 5,06%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 126,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 121,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 3,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 4,3 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 430 Tsd. Euro (Vorjahr: 524,3 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 21 Tsd. Euro (Vorjahr: 113 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 75 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,1 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 6 Tsd. Euro) ausgenutzt. Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Die Vergütung des Vorstandes im Geschäftsjahr 2012 betrug 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2012 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 49.357 Stück SAR sowie 33.045 Stück RSU.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 insgesamt 11,2 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer; Vorjahr: 30,1 Tsd. Euro).

Für die Erhöhung der Pensionsrückstellungen der aktiven Vorstandsmitglieder wurden 331 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.607 Tsd. Euro) aufgewendet. Am 31. Dezember 2012 betrugen die Pensionsrückstellungen der Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 727 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.980 Tsd. Euro).

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 1,3 Mio. Euro gezahlt. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis beliefen sich auf 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,4 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro).

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun, der durch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der OLB AG zu den Organen zählt, 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Lagebericht.

Über unseren Anteilsbesitz berichten wir, sofern von Bedeutung, nachstehend:

Anteilsbesitz

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigenkapital Mio. Euro	Perioden- ergebnis 2012 Mio. Euro¹	Perioden- ergebnis 2011 Mio. Euro ¹
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100	8,93	0,13	0,28
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100	8,34	0,53	0,60
Grundstücksgesellschaft mbh, Oldenburg ²	100			_
OLB Service GmbH, Oldenburg	100	0,03		
OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg	100	0,03	_	_

 $\label{thm:mit} \mbox{Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:}$

- OLB-Immobiliendienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg
- OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

In Tsd. Euro	2012	2011
Abschlussprüfungsleistungen	998	674
Andere Bestätigungsleistungen	274	388
Gesamt ¹	1.272	1.062

Honorare für den Abschlussprüfer

¹ Periodenergebnisse nach Ergebnisabführung 2 Mit Rückwirkung zum 1.1.2012 mit der OLB AG verschmolzen

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungsund Vertriebs-AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten: Konzernmandat:

· Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt a. M. (bis August 2012)

Manfred Karsten

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft,

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- · VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
- Solutronic AG, Köngen (bis September 2012)

Konzernmandate:

- EWE Vertrieb GmbH (vorher EWE ENERGIE AG), Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- Kayserigaz AS/Türkei (bis Oktober 2012)
- Bursagaz AS/Türkei (bis Oktober 2012)
- EWE Turkey Holding A. S. (vorher EWE ENERJI A. S. Busa)/Türkei

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Mehler AG, Fulda (Vorsitzender)
- Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach (Vorsitzender)

Konzernmandat:

• KAP Beteiligungs-AG, Stadtallendorf (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- KAP International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika (Vorsitzender) (bis Juni 2012)
- Steinhoff International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika
- · Zimbabwe Spinners & Weavers Ltd., Harare/Simbabwe

Carsten Evering

Filialleiter, Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

Prof. Dr. Andreas Georgi

Consultant, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- · Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- · Rheinmetall AG, Düsseldorf
- RWE Dea AG, Hamburg (bis Februar 2012)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

• Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück

Stefan Lübbe

Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

Dr. Thomas Naumann (seit 20. Februar 2012)

Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- · Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg
- · Oldenburgische Landesbrandkasse

Uwe Schröder

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Rainer Schwarz

Ehem. Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten: Konzernmandat:

 Vereinte Spezial Krankenversicherung AG, München (bis Dezember 2012)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandat:

 Allianz ProzessFinanz GmbH, München (bis Dezember 2012)

Jörg Thöle

Kundenbetreuer, Region Osnabrück/Osnabrücker Land, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück; Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger (seit 01. Juli 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien: Konzernmandate:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (seit o1. Juli 2012)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (seit ol. Juli 2012)

Dr. Stefan Friedmann (bis 30. Juni 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien: Konzernmandate:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)
- OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg (Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)

Jörg Höhling

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau (seit 16. April 2012)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresüberschuss von 43,1 Mio. Euro aus. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, einen Betrag in Höhe von 5,8 Mio. Euro zur Zahlung einer Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden. Der verbleibende Betrag in Höhe von 37,3 Mio. Euro soll für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgeschlagen werden.

Oldenburg, 12. März 2013 Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender

Thomas Bretzger

Jörg Höhling

Karin Katerbau

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 14. März 2013 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Madsen König

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Niederlassungen

A	E	К	0	Т
Affinghausen	Edewecht	Kirchweyhe	Ocholt	Twistringen
Ahlhorn	Elsfleth		Oldenburg	
Ankum	Emden	L	Oldenburg-Bloherfelde	U
Apen	Emden-Auricher Str.	Langeoog	Oldenburg-Bürgerfelde	Uelsen
Aschendorf	Emden-Borssum	Lastrup	Oldenburg-Donnerschweer Str.	
Augustfehn	Emlichheim	Lathen	Oldenburg-Eversten	V
Aurich	Emsbüren	Leer	Oldenburg-Haarentor	Varel
Aurich-Esenser Str.	Emstek	Leer-Heisfelde	Oldenburg-Kreyenbrück	Varel-Dangast
	Esens	Leer-Loga	Oldenburg-Lange Str.	Vechta
В	Essen	Lemwerder	Oldenburg-Nadorst	Vechta-Langförden
Bad Bentheim		Lindern	Oldenburg-Ofenerdiek	Verden
Bad Essen	F	Lingen	Oldenburg-Osternburg	Visbek
Bad Zwischenahn	Freren	Lingen-Georgstr.	Osnabrück	
Badbergen	Friedrichsfehn	Lohne	Osnabrück-Lüstringen	W
Bakum	Friesoythe	Löningen	Osnabrück-Rosenplatz	Wagenfeld
Barnstorf	Fürstenau	Lorup	Osnabrück-Sedanplatz	Wallenhorst
Barßel		•	Osterfeine	Wardenburg
Bassum	G	М		Warsingsfehn
Berne	Ganderkesee	Marienhafe		Weener
Bersenbrück	Garrel	Melle	Papenburg	Werlte
Bockhorn	Gehlenberg	Meppen	Papenburg-Obenende	Westerholt
Bohmte	Goldenstedt	Meppen-Esterfeld	Pewsum	Westerstede
Börger	Großefehn	Merzen	· cwsu	Westoverledingen
Borkum	Großenmeer	Molbergen	Q	Wiefelstede
Brake	Großheide	Moordorf	Quakenbrück	Wiesmoor
Bramsche	Großfielde	Modradii	Quakenbrück-Friedrichstr.	Wietmarschen-Lohne
Bramsche-Engter	Н	N	Quantino and American	Wildeshausen
Bramsche-Gartenstadt	Hage	Neuenhaus	 R	Wilhelmshaven
Bremen	Hagen	Neuenkirchen	Rastede	Wilhelmshaven-Altengroden
Bremerhaven	Hahn-Lehmden	Neuenkirchen	Remels	Wilhelmshaven-
	Haren	Norden	Rhauderfehn	Fedderwardergroden
Brinkum		Nordenham	Rheine	Wittmund
Bunde	Harpstedt Haselünne	Nordenham-Blexen		
	Heide	Nordenham-Ellwürden	Riepe Rodenkirchen	Z
C	Herzlake	Nordenham-	Rodelikirchen	Zetel
Cloppenburg	Holdorf	FriedrAugHütte	c.	2000.
	Holte-Lähden	Norderney	Sande	
D		Nordhorn		
Damme	Horumersiel	Nordhorn-Blanke	Sandkrug	
Delmenhorst	Hude	Nortrup	Saterland	
Delmenhorst-Bremer Str.		Horap	Schortens	
Delmenhorst-Hasporter Damm	J. J		Schüttorf	
Delmenhorst-Oldenburger Str.	Jaderberg		Sögel	
Delmenhorst-Stedinger Str.	Jemgum		Spelle	
Diepholz	Jever		Steinfeld	
Dinklage	Juist		Stuhr	
Ditzum			Sulingen	
Dornum			Syke	
Dörpen				

Zusätzliche Geldausgabeautomaten

Bad Zwischenahn, AVIA-Tankstelle · Bösel · Eltern · Harkebrügge, AVIA-Station · Hohenkirchen · Jever, Tankstelle · Lingen, Famila-Markt · Lutten · Neulehe, Bäckerei Norddeich, Mole · Oldenburg, Alexanderstraße · Oldenburg, Edewechter Landstraße · Oldenburg, IKEA (bis 18. Dezember 2012) · Oldenburg, Scheideweg · Oldenburg-Wechloy · Osnabrück, L+T Markt · Papenburg, Dever-Park · Rhede · Rostrup · Sedelsberg, bft-Tankstelle · Wildeshausen, Famila-Markt · Wilhelmshaven, Bismarck Wilhelmshaven, Gökerstraße · Wilhelmshaven, Leffers · Wilhelmshaven, Voslapp · Varel-Obenstrohe, Filiale (ab 01. Juli 2012)

Das OLB-Geschäftsgebiet



Hauptverwaltung

Oldenburgische Landesbank AG Stau 15/17 · 26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221-0 Telefax (0441) 221-1457 E-Mail olb@olb.de Internet www.olb.de

Telegramme: Landesbank Oldenburgoldb S.W.I.F.T.: OLBO DE H2

Sitz der Gesellschaft: Oldenburg Registergericht: Oldenburg HR-Nummer: HRB 3003

OLB-Service-Center

Postfach 26 05 · 26016 Oldenburg
Telefon (04 41) 22 1 – 0
Telefax (04 41) 22 1 – 2470
E-Mail service.center@olb.de

Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG Stau 15/17 26122 Oldenburg Telefon (0441) 221–0 Telefax (0441) 221–1457 E-Mail olb@olb.de

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Veröffentlichungsdatum

28. März 2013

Dieser Bericht ist im Internet unter www.olb.de abrufbar.

